Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Freitag, 10. Juni 1932 | 12. Jahrgang Nr. 134

Verstärkte Kriegsrüstung!

IG-Farben führt neuen Lohnraub durch — Kriegsvorbereitungen in der Wasag (Sprengstoffwerk), Reinsdorf — Massenentlassungen bei der Eisenbahn — Sofort Belegschaftsversammlungen und Wahl von Kampfleitungen durchführen

Lohn wird um 25 Prozent abgebaut

(Arbeiterkorrespondenz Film-Wolfen)

Seit Tagen gehen im Betrieb die Gespräche über das neue Lohnabbauabkommen. Gut unterichtete Kollegen wissen, daß zwischen den Gewerkschaften und der Regierung bereits Verhandlungen angebahnt sind, deren Basis folgendermaßen aussieht: Von dem Tariflohn für das Jahr 1931, der in der Spitze für Arbeiter 0,84 M. pro Stunde betrug, soll erneut ein 25prozentiger Lohnabbau erfolgen.

Das würde ein neuer Spitzenlohn für Arbeiter in der Chemie von 63 Pfennigen in der Stunde sein. Der Lohnabbau würde 5 bis 7 Pfennige pro Stunde betragen.

Weiter soll, wie bereits in Piesteritz angekündigt, in der Kunstseide zur 32-Stundenwoche übergegangen werden. Schon am Montag wurde die Sortierung um 11 Uhr nach Hause geschickt, weil angeblich keine Arbeit vorhanden sei.

In den letzten beiden Wochen sind außerdem ständig „hohe Besuche" dagewesen, unter anderem auch ein Teil der Generaldirektoren. Erst am Montag war eine 30 bis 40 Mann starke Kommission anwesend. Alle Besuche galten vor allem der Kunstseidenabteilung, diese kann bekanntlich am leichtesten auf die Kriegsproduktion umgestellt werden. Wir sind sogar der Meinung, daß diese Besuche vor allem diesen Zwecken dienten.

Alarmzustand im Wasag-Betrieb

(Arbeiterkorrespondenz Sprengstoffwerk Reinsdorf.)

Der Betrieb soll in Verteidigungszustand gegen Fliegerangriffe usw. versetzt werden. Alle Abteilungen müssen kontrolliert werden, ob alles in Ordnung ist. Neue Unterstände werden gebaut, Gasmasken angeschafft, alle Notausgänge des Werkes überprüft, neue Tore eingesetzt. Für den Gesamtbetrieb ist Probealarm angesetzt. Mehrere parteilose Kolleginnen haben schon ängstlich erklärt:

„Nun scheint es nach diesen Maßnahmen doch ernst zu werden mit dem Krieg."

Eine weitere Maßnahme ist die, daß jetzt schon alle Spinden revidiert werden, alle Schränke müssen verschlossen sein. Von einer Kontrolle wurde verlangt, daß jeder bis zum 9. ein Schloß vor dem Spind haben müsse. Eine weitere Anweisung ist die, daß der Fahrradstand nicht mehr verschlossen werden darf, so daß jeder, wenn es notwendig ist, sofort sein Fahrrad fassen kann.

Jetzt muß vor allem die betriebliche Massenaktion gegen diese imperialistischen Kriegsvorbereitungen verstärkt werden. Der Krieg bringt nicht Arbeit, sondern Elend und Not und Zerstörung. Die Granaten, die die Wasag-Proleten füllen, sind Granaten gegen die Sowjetunion!

Eisenbahner, seid auf der Hut

(Eisenbahnerkorrespondenz aus Halle)

Vorgestern hatte der EDE eine „geistige Auseinandersetzung" mit den Nazis bei der Eisenbahn durchgeführt. Das sah so aus, daß sich der SPD-Landtagsabgeordnete Möller mit den Nazis „auseinandersetzte", den NGO-Genossen, die wiederholt stürmisch das Wort verlangten, dieses Wort nicht gab und über die neuen, selbstverständlich wieder im Einverständnis mit der EDE-Bürokratie, schon angekündigten Massenentlassungen und den Lohnraub kein Wort verlor.

Nachdem bereits am 11. Mai 170 Eisenbahnerkollegen vom RAW Halle gekündigt und entlassen wurden und dabei die klassenbewußtesten Arbeiter aus den Betrieben mit Hilfe der reformistischen Bürokraten hinausbugsiert wurden, sollen jetzt wieder 200 bis 300 Kollegen aufs Straßenpflaster fliegen. Das RAW Halle soll eine „moderne Betriebswerkstatt" werden. Auf dem Empfangsschuppen der Hallischen Güterabfertigung empfiehlt der 2. Betriebsvorsitzende den Kollegen, daß sie „sich krank melden sollen, da Entlassungen kommen". Natürlich werden mit solchen Mitteln keine Entlassungen verhindert. Nur, wenn wir alle in roter Einheitsfront zusammenstehen, wird die Verwaltung nachgeben müssen. Unsere Forderungen sind: keine Entlassungen, Wiedereinstellung aller entlassenen Eisenbahner!

Heraus zum Internationalen Solidaritätstag am 12. Juni gegen Hunger, Faschismus und imperialistische Kriegsrüstungen

Rote Einheit der Chemieproleten

Die Antifaschistische Aktion entsteht im Wittenberger Industriegebiet — Gemeinsamer Kampfaufruf aller Betriebsräte und Arbeiterorganisationen

(Eig. Meldung.) Wittenberg-Piesteritz, 10. Juni.

Die Arbeiterschaft von Wittenberg-Piesteritz, die Chemieproleten der Rüstungskammer des Imperialismus, marschieren am 11. und 12. Juni in roter Einheitsfront zum internationalen Solidaritätstag auf. Zu den Kundgebungen, die am Sonnabend im „Schützenhaus" Kleinwittenberg und am Sonntag in Wittenberg in „Muths Festsälen" stattfinden, haben Organisationen und Betriebsratskörperschaften gemeinsam aufgerufen.

Die Kundgebungen stehen im Zeichen folgender politischer Hauptlosungen:

1. Internationale Solidarität gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung Chinas und der Sowjetunion.
2. Solidarität aller Werktätigen im Kampfe gegen Lohnraub und soziale Reaktion, für Arbeit, Brot und Boden.
3. Schaffung der roten Einheitsfront gegen Kapitalismus und Faschismus, für Freiheit und Sozialismus.

Die Unterzeichner des Aufrufes sind: JAH, Betriebsrat der Bayrischen Stickstoffwerke, Betriebsrat der Wasag, Betriebsrat der Gummiwerke, Kreiserwerbslosenausschuß, Rote Hilfe, KPD, Kultur- und Sportkartell Piesteritz, KPD, Zentralverein Kleinwittenberg-Piesteritz, Deutscher Freidenkerverband, Arbeiter-Samariter, Arbeitersportverein Fichte, Sportklub Eiche, Kampfbund gegen den Faschismus, KJVD, RGO, Industrieverband der Bauarbeiter, Allgemeiner Sängerchor Wittenberg, Sportkartell Wittenberg und eine ganze Reihe anderer Arbeiter-Organisationen.

Leuna-Proleten, heraus zu öffentlichen Versammlungen!

Wehrt euch gegen Lohnabbau und die wachsende Not

Am Montag, dem 13. Juni, 20 Uhr, Versammlung in Naumburg, Lokal „Zur Post".

Am Dienstag, dem 14. Juni, 20 Uhr, in Merseburg, Lokal „Bürgerhof".

Am Mittwoch, dem 15. Juni, 20 Uhr, in Weißenfels, Lokal „Schultheiß".

Am Donnerstag, dem 16. Juni, 20 Uhr, in Dürrenberg, Lokal „Spiegel".

Am Freitag, dem 17. Juni, 20 Uhr, in Halle, Lokal „Volkspark".

Am Sonnabend, dem 18. Juni, 20 Uhr, in Leuna, Lokal „Saalekrug".

Osaf Hitler kneift!

In einem gegenwärtig in München stattfindenden Meineidsprozeß gegen den Schriftsteller Werner Apelt wurde Hitler als Zeuge vernommen. Als der Verteidiger Apelts, Dr. Rosenfeld, Hitler fragte, ob er von tschechischen Industrie-Unternehmungen Geld erhalten habe, bekam der Osaf einen hysterischen Anfall, schimpfte wie ein Gassenjunge auf die jüdischen Rechtsanwälte und — ließ sich vom Gericht wegen Zeugnisverweigerung lieber zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilen, ehe er unter seinem Eid eine Antwort auf diese verfängliche Frage Rosenfelds gab.

Der Reichskanzler von Papen wird am Dienstag nach Lausanne fahren, um an den Tributverhandlungen teilzunehmen.

58 Ruhrkumpels wollen wieder in die Sowjetunion!

Eine Antwort an sozialdemokratische und Naziverleumdungen

(Siehe Inneres unserer heutigen Ausgabe.)

Gerüstet zu neuen und höheren Aufgaben!

Reichstagung der Spitzenfunktionäre der KPD

Vom Zentralkomitee der KPD wird uns geschrieben:

Gestern traten in Berlin im Karl-Liebknecht-Haus die Bezirkssekretäre und leitenden Redakteure der Kommunistischen Partei Deutschlands zusammen, um Stellung zu nehmen zu der durch den Sturz Brünings und die Bildung der Papen-Regierung geschaffenen Lage. Die ernste Tagung stand im Zeichen der völligen Einheitlichkeit der Partei auf der Linie der in den letzten Sitzungen des Zentralkomitees gefaßten Beschlüsse und zeigte die umfassende Konzentration der Parteikräfte auf die Steigerung der Voraussetzungen revolutionärer Aktionen im Rahmen der Antifaschistischen Aktion.

Genosse Ernst Thälmann erstattete ein ausführliches Referat über die Analyse der Lage und die weiteren Perspektiven der Entwicklung in Deutschland. Er kennzeichnete den Sturz der Brüning-Regierung und die Einsetzung der Papen-Regierung als Beweis der weiteren Verschärfung der Krise und der Klassengegensätze in Deutschland. Die Einsetzung der Papen-Regierung durch das Finanzkapital zeigt die Bestrebungen der Bourgeoisie, angesichts des drohenden Bankrotts der Staatsfinanzen und des Zusammenbruchs der Subventionierungspolitik mit verschärften faschistischen Diktaturmaßnahmen den Bestand der kapitalistischen Herrschaft in Deutschland zu sichern und zu verteidigen. Der in der Zusammensetzung der Papen-Regierung zum Ausdruck kommende Einfluß der ostelbischen Junkerkreise, zeigt den erzreaktionären Charakter der neuen Regierung, der durch die Brüning-Regierung und die Tolerierungspolitik der SPD der Boden bereitet wurde. Genosse Thälmann wies darauf hin, daß der Triumph des Ostelbiertums in der Papen-Regierung zu einer Verschärfung der Auseinandersetzungen auch im Lager der herrschenden Klasse selber führen muß. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die gegenwärtige Oppositionsstellung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320610-11/fragment/page=0001

der Zentrumspartei nicht nur ein großes Wahlmanöver zur Verschleierung der Vorbereitung einer offenen Koalition zwischen Zentrum und Nazis, sondern auch der Ausdruck einer gewissen Unzufriedenheit bestimmter Teile der Bourgeoisie mit den übertriebenen Forderungen der mit hunderten Millionen Mark aus den Steuergeldern der Armen gemästeten Großagrarier.

Genosse Thälmann legte ausführlich dar, daß der Uebergang der Bourgeoisie zu brutaleren, offen faschistischen Methoden mit Hilfe der Nazis bei der Ausübung ihrer Klassenherrschaft keineswegs so aufgefaßt werden könne, als ob die Nazis in jeder Beziehung einfach an die Stelle der SPD treten. Die in der weitergehenden Ausschaltung der SPD bei der Durchführung der Regierungsgeschäfte zum Ausdruck kommende Umdisponierung der Kräfte der Bourgeoisie ändert nichts an der Tatsache, daß die Politik der Sozialdemokratie es ist, die nach wie vor entscheidende Schichten der Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf abhält. Die SPD ist nach wie vor die sogiale Hauptstütze der Bourgeoisie, wobei die reformistische Beeinflussung der über vier Millionen Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften eine in der bisherigen Politik unserer Partei und der RGO viel zu wenig beachtete Rolle spielt. Mit allem Nachdruck wurde die Tatsache unterstrichen, daß auch die Papen-Regierung genau wie die gestürzte Brüning-Regierung nur existieren kann mit Hilfe der Sozialdemokratie und des ADGB.

Genosse Thälmann erinnerte an den Ausspruch des ADGB-Führers Leipart, der einmal gesagt hat, daß gegen den Willen der Gewerkschaften sich keine Regierung in Deutschland auch nur 24 Stunden halten könne. Die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, die kampfgewillt sind gegen die reaktionäre Papen-Regierung, erkennen daran, daß die SPD- und ADGB-Führer gar nicht daran denken, den wirklichen Kampf gegen die Papen-Schleicher-Regierung zu organisieren. Es ist einzig und allein die Kommunistische Partei, die gemeinsam mit der RGO und anderen revolutionären Massenorganisationen mit aller Energie von unten her den Massenwiderstand gegen die reaktionäre Papen-Regierung organisiert durch die Schaffung der roten Einheitsfront in Betrieb und Stempelstelle, in Stadt und Land.

Im Klasseninhalt der Politik der SPD hat sich nicht das geringste geändert. Es ändern sich aber die Formen und Methoden der Betrugsmanöver, mit denen die SPD- und ADGB-Führer die Massen vom revolutionären Kampf abzuhalten versuchen. Der Sturz der Brüning-Regierung und die immer offenere Einsetzung der faschistischen Massenpartei, der NSDAP, als Stütze der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft bedeutet deshalb für die Kommunistische Partei unter keinen Umständen die Aenderung ihrer revolutionären Strategie, sondern umgekehrt: die Verschärfung des faschistischen Terrors in den Regierungsmethoden der Bourgeoisie zwingt die revolutionäre Partei des Proletariats, mit um so stärkerer Energie den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu führen zur Loslösung der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und Reichsbannerarbeiter von den sozialfaschistischen Führern zur Stärkung der antifaschistischen Massenfront.

Den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie praktisch führen, das bedeutet aber im antifaschistischen Massenkampf, im Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen faschistischen Arbeitsdienst und Nazi-Mordterror, gegen die gesamte Hunger- und Kriegspolitik der Bourgeoisie voranzugehen und die gemeinsame Kampffront der revolutionären Arbeiter mit den sozialdemokratischen, den freigewerkschaftlichen und Reichsbannerarbeitern zu schaffen. Die Partei muß deshalb von oben bis unten in kürzester Frist die Hemmungen überwinden, die der umfassenden Anwendung der revolutionären Einheitsfrontpolitik als des wichtigsten Mittels zur Eroberung der entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse zum Kampf um die politische Macht entgegenstehen. Genosse Thälmann wies hin auf die Stellungnahme und Beschlüsse der Tagung des Reichskomitees der RGO, die zu einer Wendung in diesem Sinne auf dem Gebiet der innergewerkschaftlichen Arbeit und der revolutionären Gewerkschaftspolitik Deutschlands überhaupt führen müssen.

Die unmittelbare Bindung der Hitler-Partei an die Papen-Regierung zeigt nach der Beendigung der Brüning-Aera eine andere Verwendung der NSDAP als Bestandteil des Herrschaftssystems der Bourgeoisie. Je mehr die herrschende Klasse zur Methode der faschistischen Gewalt als Hauptmittel der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft übergeht, desto offener wird die Hitler-Partei als kapitalistische Regierungspartei eingesetzt. Der faschistische Terror, der bereits unter der Brüning-Regierung ein unentbehrlicher Bestandteil zur Durchführung der Notverordnungsdiktatur war, soll offen legalisiert, die SA und SS zur faschistischen Miliz der Papen-Schleicher-Hindenburg-Regierung gemacht werden.

Das Programm der Papen-Regierung besteht darin, unmittelbar gestützt auf die faschistischen Terrororganisationen und unter Ausnutzung des reformistischen Einflusses auf entscheidende Arbeiterschichten, einen ungeheuerlich verschärften Hunger- und Gewaltkurs gegen die werktätigen Massen durchzuführen. Das Bestreben jeder faschistischen Diktatur ist darauf gerichtet, den proletarischen Widerstand gegen die Hungerpolitik der Bourgeoisie zu brechen und setzt sich deshalb die Zerschmetterung der proletarischen Klassenorganisationen zum Ziel. Die Papen-Regierung ist bestrebt, als eine Regierung, die weitere Voraussetzungen zur Errichtung der offen faschistischen Diktatur schaffen will, neue verschärfte Terror- und Verbotsmaßnahmen gegen die revolutionären Massenorganisationen durchzuführen.

Genosse Thälmann rief die Partei und die revolutionäre Arbeiterschaft zur äußersten Aktivität und Wachsamkeit auf. Die Entfaltung breiter Massenkämpfe unter Führung der Kommunistischen Partei, die tiefere Verwurzelung der Partei, des Jugendverbandes und der revolutionären Organisationen in den Massen ist der beste Kampf zur Verteidigung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Jugend, der einzige Weg, um die Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zu durchkreuzen und nach Möglichkeit unwirksam zu machen.

Im Interesse der Entfaltung und der Steigerung unseres antifaschistischen Massenkampfes unterstrich Genosse Thälmann erneut die Stellungnahme der Partei gegen alle Tendenzen des individuellen Terrors, die gerade in der gegenwärtigen Periode verstärkter Provokationen seitens des Klassenfeindes auf das allerschärfste bekämpft werden müssen. Maßnahmen des individuellen Terrors würden nur der Bourgeoisie die Durchführung ihrer Politik erleichtern und die Entfaltung des Massenwiderstandes, der sich in der Bildung des roten Massenselbstschutzes in Stadt und Land, in zahlreichen Hungerdemonstrationen und anderen Massenaktionen bereits ankündigt, hemmen.

Der vor uns liegende Reichstagswahlkampf ist für uns ein Bestandteil der großen Antifaschistischen Aktion, die wir eingeleitet haben. Es bedeutet keine parlamentarische Einstellung, wenn wir unterstreichen, daß von der Durchführung und dem Ausgang dieses Reichstagswahlkampfes außerordentlich viel abhängt.

Wir müssen alle Kräfte darauf konzentrieren, daß wir durch eine Steigerung der außerparlamentarischen Aktivität in der Antifaschistischen Aktion einen Erfolg für die Partei auch bei den Reichstagswahlen erringen. Wir heben dadurch das Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse und verbessern die Voraussetzungen für größere außerparlamentarische Massenkämpfe. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Antifaschistische Aktion rasch zu einer kampfentschlossenen Millionenbewegung unter Führung der KPD zu machen. Genosse Thälmann legte ausführlich den Plan der nächsten Abschnitte der Antifaschistischen Aktion, die Vorbereitung und Durchführung der großen Antifaschistischen Kampfwoche vom 10. bis 17. Juli, die bereits höhere Formen der Massenaktivität zeigen muß, dar.

Die Durchführung der Antifaschistischen Aktion bedeutet die Organisierung des breitesten Massenkampfes der roten Einheitsfront gegen die Papen-Regierung, gegen die faschistischen Diktaturmaßnahmen der Bourgeoisie, gegen die Hungeroffensive des Unternehmertums unter strategischer Orientierung auf die Großbetriebe und unter stärkerer Konzentration auf die Arbeit unter dem Millionenheer der Erwerbslosen. Es müssen als Einheitsorgane des antifaschistischen Massenkampfes überall Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion gebildet werden, die die politischen Träger dieser großen Millionenbewegung unter unserer Führung sind.

Wir müssen in der Antifaschistischen Aktion mit der Massenkraft des Proletariats und unter Mobilisierung breitester werktätiger Schichten den Hitler-Faschismus zurückschlagen. Wir müssen die Politik der Papen-Regierung und der NSDAP entlarven als eine Versailler Politik des Bündnisses der deutschen Ausbeuter mit dem französisch-polnischen Imperialismus gegen das Land des Sozialismus, die Sowjetunion. Wir müssen den tiefen nationalen und sozialen Verrat der NSDAP, die volle Verantwortung der Hitler, Straßer und Co. für die doppelte Ausbeutung des deutschen werktätigen Volkes durch das internationale und deutsche Finanzkapital anprangern. Wir werden dadurch vor allem die von den Nazis beeinflußten Massen der Angestellten, die einem sozialen Druck ohnegleichen ausgesetzt sind, für ihre eigenen Forderungen mobilisieren und neue Kader in unsere revolutionäre Freiheitsarmee einreihen.

Wir müssen die Betrugsmanöver der Sozialdemokratie, die Scheinopposition der SPD und des Zentrums gegen Papen und Schleicher unermüdlich entlarven und bekämpfen. Wir müssen zeigen, daß die Politik der Sozialdemokratie Schritt für Schritt den Boden bereitet hat für die Hoffnungen der Faschisten auf baldige Errichtung ihrer kommenden Diktatur. Durch die Entfesselung von Massenkämpfen, durch das unerschrockene Eintreten für die Rechte und Forderungen des Proletariats und aller werktätigen Volksschichten in Stadt und Land, insbesondere der Angestelltenschichten des notleidenden Mittelstandes und der werktätigen Bauernmassen, werden wir das Vertrauen zur Kommunistischen Partei steigern und die Voraussetzungen schaffen, für die Heranführung immer breiterer Massen an revolutionäre Aktionen und Kämpfe.

Genosse Thälmann stellte mit allem Ernst die Frage der Verbesserung unserer Agitation und Propaganda und insbesondere unserer revolutionären Pressearbeit. Unsere Presse ist gegenwärtig — mit wenigen Ausnahmen — unfähig, die revolutionäre Massensprache zu finden, die unserem Programm, die der Stimmung der Massen, die den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, die unseren großen revolutionären Perspektiven entspricht. Die Reorganisationsmaßnahmen, die das Zentralkomitee nunmehr durchführt in der Richtung der Verbesserung unserer Presse und der stärkeren Heranziehung von Arbeiterkorrespondenten und Betriebsarbeitern, müssen hier Wandel schaffen. Wir brauchen eine wirkliche Wendung zur Massenarbeit auch auf dem Gebiet der Presse.

Genosse Thälmann unterstrich, daß unsere gesamte antifaschistische Kampagne auf das engste mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg verbunden werden muß. Die Kriegshetze der Hitler-Faschisten gegen die Sowjetunion, die pro-französisch-polnische Orientierung der Papen-Regierung erfordern von uns die stärkste Massenmobilisierung und die Steigerung des antiimperialistischen Kampfes zur kraftvollen Durchführung des 1. August als Kampftag gegen den imperialistischen Krieg für die Verteidigung der Sowjetunion.

Zum Schluß unterstrich Genosse Thälmann die Bedeutung der Tatsache, daß in dem letzten Aufruf des Zentralkomitees die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung aufgestellt wurde. Wir stellen die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung nicht als Aktionslosung, da wir keine scheinrevolutionären Ueberschätzungen der gegenwärtigen Lage zulassen. Für uns bedeutet die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung die propagandistische Aufrollung des Endzieles des proletarischen Klassenkampfes gegen die Form der bürgerlichen Diktatur. Wir setzen der Politik des Kabinetts der Junker, Freiherren und Barone, der Industriekapitäne und Generale den Massenkampf für den revolutionären Ausweg aus der Krise, für die proletarische Diktatur entgegen. Denn die Losung Arbeiter- und Bauernregierung ist nichts anderes als eine konkrete, den Massen in der gegenwärtigen Situation verständlichere Bezeichnung der Diktatur des Proletariats.

Amnestie in Preußen

SPD und Zentrum dagegen, nachdem sie KPD-Antrag, nur antifaschistische Kämpfer zu amnestieren, niederstimmten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 10. Juni.

Gestern hat der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages gegen die Stimme der Sozialdemokratie und des Zentrums einen Gesetzentwurf für politische Amnestie angenommen. Darnach würden alle politischen Gefangenen amnestiert, mit Ausnahme derjenigen, die mit den Anschlägen auf die Eisenbahn, Brandstiftung oder Landesverrat verurteilt oder in Untersuchung sind. Amnestiert werden ferner alle, die ihre Straftat aus wirtschaftlicher Not begangen haben, mit Ausnahme von Gewohnheitsverbrechern. Außerdem müssen alle wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgten Beamten wieder in ihre Aemter eingesetzt werden. — Für diese Amnestie stimmten die KPD, Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

Schließlich wurde ein besonderer kommunistischer Antrag angenommen, wonach die Strafe für alle Gefangenen, die unter diese Amnestie fallen, sofort unterbrochen wird und die Gefangenen entlassen werden.

Durch die Amnestie werden auch eine Reihe Nazimörder, von denen nicht allzu viele von der Severing-Justiz verhaftet oder verfolgt wurden, in Freiheit gesetzt. SPD und Zentrum hatten es in der Hand, dies zu verhindern.

Die kommunistische Fraktion hatte beantragt, daß nur die antifaschistischen Kämpfer zu amnestieren sind. Diesen Antrag lehnten SPD und Zentrum ab. Die SPD hat ein neues Schandmal dadurch bekommen, daß sie gegen die Freilassung der antifaschistischen Kämpfer stimmte.

Die kommunistische Fraktion mußte nach der Ablehnung des eigenen Antrages für den Antrag für allgemeine politische Amnestie stimmen, wenn sie überhaupt dafür sorgen wollte, daß die proletarischen politischen Gefangenen, die die überwiegende Mehrheit der politischen Gefangenen überhaupt ausmachen, in Freiheit kommen.

Während gestern im Preußischen Landtag im Rechtsausschuß die Frage der Amnestie zur Debatte stand, begab sich eine Delegation von Frauen proletarischer politischer Gefangenen zum Landtag und forderte vom Vorsitzenden des Rechtsausschusses die Freilassung ihrer Männer sowie aller proletarischen politischen Gefangenen.

Die zweite Lesung des Amnestiegesetzes findet heute statt.

Hunger soll Lohnraub erzwingen

Faschistische Lohndruckmethoden des Merseburger Arbeitsamtes und der Reichsbahnverwaltung

(Eisenbahner-Korrespondenz)

Bei uns in Merseburg wurden fünf Eisenbahnerkollegen entlassen. Auf ihren Entlassungsscheinen stand „wegen Arbeitsmangel", jedoch mit dem Zusatzvermerk: „Sie verweigerten die Arbeit in den Stoppkolonnen". Dadurch erhielten die Kollegen sechs Wochen lang keine Unterstützung. Das ist eine unerhörte Schikane der Verwaltung, denn nach einer Verfügung heißt es ausdrücklich, daß bei Versetzung von Eisenbahnern in andere Funktionen die Schmälerung des Verdienstes die Grenze von 12 Mark nicht überschreiten darf. 12 Mark Lohnraub muß sich also jeder gefallen lassen, der versetzt wird, so will es die Verwaltung.

Hier in diesem Falle war aber die Spanne des Lohnraubes sogar noch viel größer. Die Kollegen hatten einen Durchschnittsverdienst von 42 Mark pro Woche; in der Stoppkolonne hätten sie 16 Mark pro Woche verdient. Weil sie die Arbeit in der Stoppkolonne ablehnten, deshalb die Entlassung, und deshalb wagt es ein Arbeitsamt, den Kollegen sechs Wochen lang die Unterstützung vorzuenthalten.

Diese unerhörten Lohnmanöver zeigen, wie weit die faschistische Entwicklung in Deutschland schon gediehen ist. Die Arbeiter sollen jeder Willkürmaßnahme, jeder Hungermaßnahme nachgeben, weil es die kapitalistische Gesellschaft so will. Hier kann nur eins helfen, daß alle Eisenbahnerkollegen aufs schärfste Front machen gegen die Pläne der Verwaltung. Keine Entlassung, keine Maßregelung, keinen Lohnabbau dulden. Von SPD- und christlichen Gewerkschaftsbürokraten, Bürokraten in Arbeitsämtern und Arbeitsgerichten ist nichts zu erwarten. Stärkt die Antifaschistische Aktion!

Hitler spricht im Rundfunk

Anfang der nächsten Woche wird Hitler am Mikrophon der Deutschen Welle in Berlin sprechen dürfen. Wie die „Deutsche Zeitung" mit Genugtuung feststellt, handelt es sich hierbei um die „Ausmirkung des neuen Reichskabinetts".

Wie weiter gestern mitgeteilt wird, soll heute von der Papen-Regierung ein Erlaß herausgegeben werden, der während des Wahlkampfes allen politischen Parteien den Rundfunk zur Verfügung stellt — selbstverständlich mit Ausnahme der Kommunisten.

Angesichts dieser Meldungen gilt es, den Massenprozeß gegen die Faschisierung des Rundfunks zu verstärken. Wir fordern den von Millionen antifaschistischer Hörer bezahlten Rundfunk für die Redner der Kommunistischen Partei.

Sturm in Berliner Stadtverordnetensitzung

(Eig. Drahtm.) Berlin, 10. Juni.

In der gestrigen Berliner Stadtverordneten-Sitzung kam es zu Hungerdemonstrationen der zahlreichen erwerbslosen Tribünenbesucher. Die Erwerbslosen begleiteten die Ausführungen des kommunistischen Stadtverordneten Wilhelm Koenen mit stürmischem Beifall und machten ihrer Empörung über die Hungervorlage des Magistrats durch Hungerrufe Luft. Der sozialdemokratische Stadtverordneten-Vorsteher ließ die Tribüne durch Polizei räumen.

Freche SA-Provokation in Magdeburg

(Eig. Ber.) Magdeburg, 8. Juni.

Die Nazis verbreiteten gestern das Gerücht, daß das SA- und das Uniformverbot aufgehoben seien. Im Laufe des Tages zeigten sich dann größere SA-Trupps in voller Uniform, die an vielen Stellen der Stadt auf Arbeiter losschlugen. Die Zusammenstöße gingen bis in die Abendstunden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320610-11/fragment/page=0002

Das sind die Stoßbrigadler der Weltrevolution

Sowjetarbeiter antworten den Kriegstreibern

Freiwillige Anleihe „Viertes und letztes Jahr des Fünfjahrplans"

Moskau, 8. Juni. (Von unserem WB.-Redaktionsmitglied.) Das Proletariat der Sowjetunion hat einen neuen Beweis für seine revolutionäre Entschlossenheit abgelegt, mit der es an die Beendigung des ersten Fünfjahrplanes und die Schaffung der Voraussetzungen für den zweiten Plan geht. Zahlreiche Großbetriebe haben die Initiative ergriffen und fordern von der Sowjetregierung die Ausschreibung einer neuen Anleihe „Viertes und letztes Jahr des Fünfjahrplans", um neue Milliarden für den noch rascheren Aufbau des Sozialismus zu beschaffen. Dieses Opfer, das die Arbeiter der Sowjetunion zu den unzähligen bisher gebrachten auf sich nimmt, um das sozialistische Bollwerk des internationalen Proletariats in der Zeit des wütendsten Angriffs der faschistischen Reaktion noch besser auszubauen, zeigt die Arbeiter der Sowjetunion erneut als wahre Stoßbrigadler.

Es ist kein Zufall, daß gerade die Arbeiter von Magnitogorsk, die in den letzten Wochen so glänzende Erfolge hatten, in einer Massenversammlung die Initiative ergriffen. Die Arbeiter der Hochofenanlagen kleideten ihren Beschluß in schlichte Worte.

„Wir Hochofenarbeiter von Magnitogorsk haben die Beschlüsse der VII. Parteikonferenz durchgearbeitet und bitten anläßlich der Auflage der Anleihe „Drittes entscheidendes Jahr des Fünfjahrplans" um die Ausschreibung einer neuen Anleihe „Viertes und letztes Jahr des Fünfjahrplans".

Kaum erfuhren die übrigen Abteilungen der Magnitogorsker Werke hiervon, als sie in einer Vollversammlung denselben Beschluß faßten.

Dutzende anderer Betriebe in Moskau, Charkow, Kiew, in allen Teilen der Sowjetunion haben sich bereits in Massenversammlungen dem Vorschlag begeistert angeschlossen. Die Beschlüsse der Arbeiter spiegeln die Stimmung der Massen klar wider. Die Belegschaft von Dnjeprostroj hat beschlossen:

„Auf die Kriegsdrohungen antworten wir mit der Mobilisierung aller für den sozialistischen Aufbau."

Eine von hunderttausend Arbeitern des Samoskworetzker Stadtviertels in Moskau gewählte Delegation stattete dem Volkskommissar der Finanzen, Genossen Grinko, einen Besuch ab. Die Delegation übermittelte dem Genossen Grinko einen Vorschlag der Arbeiter ihres Rayons, über die Auflage der Anleihe des „vierten Abschlußjahres des Fünfjahrplanes".

Genosse Grinko schilderte der Delegation die gegenwärtige Finanzlage der Sowjetunion und betonte insbesondere, daß die Initiative der Arbeiter zahlreicher Großbetriebe und insbesondere der Samoskworetzker Arbeiter, in den breitesten Kreisen der Arbeiter und Kollektivwirtschafter die kräftigste Unterstützung findet. Während dieser Unterredung wurde der Unterschied zwischen den Anleihen des sozialistischen Aufbaus, die der Hebung des materiellen Wohlstandes der Werktätigen dienen und den Anleihen hervorgehoben, die die kapitalistischen Staaten für den Ausbau des Militarismus, für blutige Kriege und für die Unterdrückung hunderter Millionen Werktätiger ausgeben.

Memel-Prozeß im Haag

Den Haag, 8. Juni. Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof begannen heute vormittag die öffentlichen mündlichen Verhandlungen im Konflikt Memel-Litauen wegen der willkürlichen Absetzung des memelländischen Präsidenten durch den litauischen Gouverneur.

Auch in Ungarn Regierungskrise

Wien, 9. Juni. Aus Budapest wird gemeldet: Der Ministerpräsident Graf Karolyi wird im Laufe der nächsten Woche sein Rücktrittsgesuch einreichen. Karolyi soll die Regierung wieder übernehmen aber eine Reihe von Neubesetzungen vornehmen.

Chiles Arbeiter fordern Waffen

Das Proletariat präsentiert der neuen Regierung seine eigenen Klassenforderungen

Neuyork, 8. Juni. Die Arbeiterschaft von Chile ist auf den Plan getreten. Eine von 30 000 Arbeitern besuchte Versammlung der revolutionären sozialistischen Union hat der neugebildeten Regierung ihre Forderungen überreicht. Die bürgerlichen Meldungen verzeichnen zwei dieser Forderungen: Bildung einer revolutionären Garde unter Kontrolle der Arbeiterverbände und Vertretung der Arbeiterschaft, die die Durchführung ihrer wirtschaftlichen Forderungen sicherstellen und gleichzeitig der Bürgerklasse vor Augen führen soll, daß sie gestürzt worden sei.

Nach Schluß der Versammlung marschierten Tausende von Arbeitern vor das Präsidentenpalais, wo sie stürmisch die „Bewaffnung des Proletariats" und „radikale Aenderung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft" forderten. Im Auftrage der Regierung sprach Matte zu den Massen. Er erklärte, „die Umwälzung sei eine grundlegende Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Regierung betrachte es als ihre vornehmste Aufgabe, jedem einzelnen Bürger ausreichende Nahrung zu sichern und ihm eine menschenwürdige Wohnung zu gewährleisten."

Gleichzeitig hat die Regierung Davilo jedoch eine Erklärung herausgegeben, daß sie — entgegen ihrer ersten Ankündigung — keine sofortige Auflösung des von Nordamerika beherrschten Salpetertrusts, der Cosach, beabsichtigte, sondern nur eine Reorganisation und daß sie für die in der Cosach investierten ausländischen Kapitalisten, wie überhaupt für alle Auslandsschulden, volle Garantie übernehmen werde.

Das Proletariat stellt seine Klassenforderungen. Es verlangt die Waffen, um die Durchführung seiner Forderungen zu sichern. Nur eine Regierung der proletarischen Diktatur kann diese Forderungen erfüllen. Die neue Regierung in Chile, die dem Proletariat antikapitalistische Maßnahmen verspricht, aber zweifellos nur die Interessen der nationalen Bourgeoisie zu vertreten gewillt ist, wird vom Proletariat gestellt. Unter der wachsamen Kontrolle der revolutionären Arbeiter wird sich ihr wahrer Charakter rasch enthüllen müssen.

Der Umsturz in Chile hat eine neue Etappe weltgeschichtlicher Bedeutung der Entwicklung in Südamerika eingeleitet.

Alarmmeldung vom Fernen Osten:

Frankreich will die Ostchinabahn

Unverhülltes Eingreifen Frankreichs in die Kriegsentwicklung an den Sowjetgrenzen

Schanghai, 8. Juni. Die Reuter-Agentur übermittelt eine aus einer glaubwürdigen Quelle in Tokio erhaltene Mitteilung über eine in nächster Zeit bevorstehende Mandschureireise des gegenwärtig in Tokio weilenden Vertreters der Französisch-Asiatischen Bank. Zweck dieser Reise soll die Erörterung der Frage über die „Rechte und Interessen Frankreichs" an der Ostchinabahn sein. Man teilt mit, daß bei „günstigem Verhandlungsverlauf" Frankreich dem von Japan geschaffenen Mandschureistaate eine Anleihe von 300 Millionen Frank zu „staatlichen Zwecken" zur Verfügung stellen werde. Frankreich will dafür den chinesischen Anteil an der Ostchinabahn verpfändet haben.

Ein offizielles Dementi des japanischen Außenministeriums bestätigt diese Meldung, indem es zugibt, daß französische Finanzleute „den Wunsch äußern, Kapitalien in der Mandschurei zu investieren".

Eine Meldung von weittragender Bedeutung! Sie ist eine indirekte Bestätigung des zwischen Japan und Frankreich abgeschlossenen Kriegsbündnisses. Offenbar geht Frankreich die Entwicklung der kriegerischen Ereignisse an der Sowjetgrenze zu langsam. Es will selbst eingreifen.

Was bezweckt die Anleihe an den von Japan geschaffenen mandschurischen Schattenstaat? Unter Berufung auf die Wahrung seiner Interessen in der Mandschurei will Frankreich seine Beamten nach Mukden, Tschangtsung und Charbin entsenden.

Was bedeutet die Forderung auf Verpfändung des chinesischen Anteils der Ostchinabahn an Frankreich? Frankreich will die Provokationen der Sowjetunion, die es bisher den Japanern und Weißgardisten überließ, selbst in die Hand nehmen. Es will unter dem Verwand der „Bedrohung seiner Interessen an der Ostchinabahn" französische Truppen an die Sowjetgrenze im Fernen Osten entsenden können. Es will mit einem Schein von „Recht" volle Freiheit des Eingreifens auf dem fernöstlichen Kriegsschauplatz bekommen.

Sturm gegen die Weißbanditen

Warschau, 8. Juni. Wie gemeldet wird, haben in Warschau stürmische Kundgebungen gegen die russischen Weißgardisten stattgefunden, in deren Verlauf die Menge vor die Redaktion des Emigrantenblattes „Molwa" zog und ihrer Empörung durch das Einwerfen der Fensterscheiben Luft machte.

Diktaturparagraph 48 macht Schule

Wien, 9. Juni. Aus Athen wird gemeldet: Das neue Kabinett Venizelos, das sich gestern in der Kammer vorstellte, gibt in seiner Regierungserklärung bekannt, daß es eine Verfassungsänderung nach dem Vorbild des Paragraphen 48 in Deutschland anstrebe. Die Schwierigkeiten, welchen die griechische Regierung durch die revolutionäre Bewegung in Griechenland begegnet, gedenkt sie mit dem Diktaturparagraphen zu überwinden.

Kurze Auslandsnachrichten

In der Zeit vom 14. bis 19. d. M. werden Danzig und Gdingen von englischen Torpedobootszerstörern besucht werden. Fünf Zerstörer werden Danzig, vier Gdingen anlaufen.

Wegen der bevorstehenden Präsidentenwahlen sind in Honduras Unruhen ausgebrochen, bei denen in der Nähe von La Barranca von regierungstreuen Truppen 51 Aufständische getötet wurden. Sechs Offiziere, darunter General Cantarero, und elf Soldaten wurden erschlagen. Ueber drei Provinzen ist das Kriegsrecht verhängt.

Der polnische Haushalt hat im Monat Mai mit einem Fehlbetrag von 14,6 Millionen abgeschlossen.

Der rumänische König ist, wie verlautet, ehrenhalber zum Chef des 22. polnischen Infanterieregiments in Siedloe, in Kongreßpolen, ernannt worden.

Frauen führen Krieg

von Emma P. Dornberger

Copyright by „Rote Fahne", Berlin. 1932.

(50. Fortsetzung)

„Du wirst dich wundern, wenn du erst mal mitten drin in „unserer Revolution" steckt!" sagte Erich. „Gestern hat der Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf erlassen, darin heißt es, daß die Revolution in geordneten Bahnen zum Siege des Volkes durchgeführt werden muß'. Die Streikwachen sind von ihrem Chef so instruiert, daß jeder, der sich gegen die öffentliche Ordnung vergeht, sofort festgenommen wird. Die Sorge um die Ordnung ist die allergrößte. Auch der Aufruf des Soldatenrats schließt mit dem Satz: ‚Vorwärts für Freiheit und Ordnung!' Ganz am Schlusse heißt es allerdings noch: ‚Es lebe die Sozialistische Republik!"

„Also doch? Und könnt ihr als Mitglieder des Soldatenrats nicht stärker in die Führung kommen, damit die Halbheiten verhindert werden? Damit anstatt der reformistischen eine revolutionäre Haltung eingenommen wird?"

Die Jungens sahen sich an und zuckten mit den Schultern.

„Leider ist unser Einfluß zu schwach, wir sind in der absoluten Minderheit, und vor allen Dingen fehlt hinter uns die Masse des klassenbewußten, des geschulten Proletariats. Wir haben fast keine Möglichkeit, die Halbheiten der Reformisten zu brandmarken und das schlimmste ist, daß auch die USP.-Leitung alles widerspruchslos mitmacht.

Luise, die mittlerweile am Tisch Platz genommen hatte, um hastig etwas zu essen und zu trinken, stand plötzlich unvermittelt auf, lief ans Fenster und sah hinüber zum Gefängnis.

„Ja, aber was ist denn eigentlich mit den Gefangenen los?" rief sie.

„Davon habt ihr mir ja noch gar nichts gesagt!"

Willy lächelte vielsagend.

„Was ist damit? Raus mit der Sprache! Sind sie befreit? Was macht Paul Berger? Habt ihr ihn herausgeholt?"

„Alles in Ordnung", sagten die Jungen wie aus einem Munde in großer Genugtuung. „Daß du nur drei Stunden geschlafen hast, daran ist eigentlich nur er schuld. Als er hörte, daß du gekommen bist, hat er uns hierher geschickt, um dich zu holen. Er wartet auf dich!"

Das Herz klopfte Luise vor Freude. Ihre Augen leuchteten! „Er wartet auf mich?" fragte sie mit hochrotem Gesicht.

„Ja, damit du tüchtig arbeiten sollst", bog Erich die Gedanken nach einer anderen Richtung.

Luise lachte, lief zu Erich, umarmte ihn und sagte lustig: „Natürlich, zum Arbeiten! Und was für eine Arbeit werdet ihr mir geben?"

„Du wirst zur Verpflegung und Unterkunftskommission kommen, soweit das bis jetzt vorausgesagt werden kann, und dort ist Paul der Vorsitzende."

„Wieviel Kommissionen gibt es eigentlich?" fragte Luise. „Und wieviel Mitglieder zählt der Arbeiter- und Soldatenrat?"

„Da ist die Sicherheitskommission, die Verpflegungs- und Unterkunftskommission, eine Einkleidungs- und Abtransportkommission, eine Presse-, Finanz- und Sanitätskommission. Und fünfundzwanzig Mitglieder zählt der offizielle Soldatenrat! — Aber bis du noch nicht fertig mit Essen, wir müssen jetzt wirklich gehen! Es wird die höchste Zeit!" Unterwegs erzählte Fritz in einer fröhlichen, munteren Laune von den Ereignissen des 7. November in Köln, von der Befreiung der Gefangenen.

„Weißt du, schon am Abend raunte man in der Stadt von Dingen, die passieren werden. Es lag so etwas in der Luft. Am Hauptbahnhof standen eine Menge Gruppen, besonders viele Jugendliche, und wir hatten uns unter sie gemischt. Wir trugen rote Schleifen und Bänder im Knopfloch und unter den offenen Jacken. Schließlich sammelten wir uns zu einem Zuge und marschierten nach dem Neumarkt. Auch von andern Seiten marschierten die Arbeiter. Viele Frauen waren dabei.

Unsere Organisation klappte. Schließlich wurden Rufe im Zuge laut: „Heraus mit den politischen Gefangenen!" Und immer wieder: „Heraus mit den politischen Gefangenen!" „Wir müssen sie befreien! Auf nach dem Klingelpütz!"

Kurz hinter dem Polizeipräsidium bog der Zug in die Mohrenstraße ein und nur einige Gruppen lösten sich und gingen auf den Neumarkt. Wir zogen nach dem Gefängnis! — Wir sangen unsere Lieder. — Einige Hüter der bisherigen Ruhe und Ordnung wurden beiseite gedrängt. Sie verschwanden in einer Nebenstraße. — In der Nacht wurde überhaupt die ganze bisherige Sicherheitsordnung der Stadt aufgerollt. Vor dem Klingelpütz bis zum Gereonswall war es schwarz von Menschen. Vor dem eisernen Portal staute und drängte sich alles. Dann ertönten helle wuchtige Schläge. Eisen schlug auf Eisen. Wieder schrien die Menschenmassen: „Heraus mit den Militärgefangenen!" Andere riefen: „Auch die Zivilgefangenen sollen befreit werden! Mörder sitzen ja nicht drin!" Und dann löste sich die festgekeilte Menschenmenge. Das Tor war auf. Tausende strömten auf den Gefängnishof. Die Wärter schlossen eilfertig die Zellen auf. Alle wurden sie befreit. Auch das Frauengefängnis wurde geöffnet. Mit den Gefangenen zogen wir zurück zum Neumarkt. Die Straßenbahnen hielten an. Der Platz erhielt von allen Seiten immer größeren Zuzug. In der Mitte stand ein riesiges rotes Banner. Viele Soldaten, allerdings schon ohne Seitengewehre, waren zu sehen, und dann sprach Sollmann. Er mahnte zur Ruhe und Besonnenheit. „Kein Blutvergießen", schrie er, und: „Es liegt im Interesse der Revolution, im Interesse des Ansehens der Bewegung, daß das Eigentum der Bürger geschützt wird! Das Eigentum des kleinen Mannes, das in Kriegsanleihen angelegt ist, muß vor allen Dingen sichergestellt werden. Sofortiger Friede ist herbeizuführen! Auf unblutigem Wege die soziale Republik zu errichten! Alle Dynastien im Deutschen Reiche sind abzuschaffen, das Heer ist auf die Verfassung zu vereidigen. Der militärische Gruß ist zu unterlassen und die Frauen sollen möglichst zu Hause bleiben und für die Beruhigung und Ordnung in der Familie sorgen. **Seine Majestät das Volk hat jetzt zu bestimmen!"**

Mit dieser demagogischen Phrase hatte Sollmann die Massen schnell auf seine Seite bekommen. Dann sprach noch eine Reihe anderer. Die sozialdemokratische Leitung hatte aber gut sondiert. Sie waren alle sehr brav.

Am Schluß sprach noch ein Vertreter der Unabhängigen: „Laßt euch nicht durch das Wort Bolschewismus verwirren. Wir sind keine Bolschewisten! Die Anhänger meiner politischen Richtung erstreben nichts anderes als Frieden und Freiheit und in weiterer Folge die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsordnung."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320610-11/fragment/page=0003

RUND UM DEN ERDBALL

Ruhrkumpels wollen zurück nach UdSSR.

Erklären sich bereit, am sozialistischen Aufbau mitzuarbeiten

Von Zeit zu Zeit präsentieren die Sozialdemokraten oder die Nazis der Arbeiteröffentlichkeit einen Arbeiter, der eine Zeitlang in der Sowjetunion gearbeitet hat und aus der Sowjetunion zurückgekehrt ist. Solche zurückgekehrten Arbeiter werden von der Sozialdemokratie und den Nazis korrumpiert. Sie erzählen die unmöglichsten Schauermärchen über die Sowjetunion und erklären, daß sie glücklich wären, der Sowjethölle entronnen zu sein.

Die Sowjetunion ist ein im Aufbau befindliches Land. Ohne Zweifel gibt es da so manche Wachstumsschwierigkeiten. Gewaltige Giganten erstehen. Wo früher noch Steppe war, da sind heute Zehntausende und Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt. Es ist klar, daß sich da manche Schwierigkeiten zeigen, besonders Schwierigkeiten in Wohnung und manchmal auch in der Verpflegung. Denn die Wohnungen für die neuen Hunderttausende von Arbeitern können nicht von heut auf morgen aus dem Boden gestampft werden. Neue sozialistische Städte erstehen, aber angesichts der ungeheuren Erfordernisse des industriellen Aufbaus, für den alle Kräfte aufgewendet werden, kann der Wohnungsbau sich oft nicht im gleichen Tempo vollziehen.

Jeder klassenbewußte Arbeiter kennt diese Schwierigkeiten, weiß, daß es nicht — wie in den kapitalistischen Ländern — Niedergangsschwierigkeiten, sondern Wachstumsschwierigkeiten sind, daß mit jedem Tage des Aufbaus sich auch die Lage jedes einzelnen Arbeiters verbessert.

Viele nicht klassenbewußte Arbeiter wurden durch diese Schwierigkeiten abgeschreckt, ließen sich dazu verleiten, die Sowjetunion, die ihnen Arbeit und Brot bot, zu verlassen und in Deutschland ihr Glück zu versuchen. Aber erst nach Deutschland zurückgekehrt, sehen sie die Unmöglichkeit, hier zu Arbeit zu gelangen, erkennen sie den ungeheuren Fehler, den sie mit der Rückkehr aus der Sowjetunion begangen haben. Sie erkennen, daß heute die Sowjetunion, das Land des sozialistischen Aufbaus, das einzige Land ist, in dem die Arbeiterklasse an der Macht ist, in dem alles, was dort geschaffen wird, für die Arbeiterklasse geschaffen wird.

Wir veröffentlichen hier einen Brief, den 56 zurückgekehrte Arbeiter an den Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion gerichtet haben. In diesem Brief ersuchen sie den Zentralrat, ihnen die Möglichkeit zur Rückkehr in die Sowjetunion zu verschaffen, wo sie mit allen Kräften am sozialistischen Aufbau mitarbeiten wollen. Wir veröffentlichen auch anschließend die Namen der ansuchenden Arbeiter, ihre Wohngebiete in Deutschland und die Betriebe, wo sie in der Sowjetunion gearbeitet haben:

Der Unterzeichnete beantragt, ihm die Rückkehr nach seinem Arbeitsplatz in Rußland zu gestatten. Ich erkläre, daß es ein Fehler war, leichtsinnig meinen Arbeitsplatz in Rußland verlassen zu haben. In Essen sind mir die Augen aufgegangen darüber, wo es dem Arbeiter besser geht, wo es mit der Lebenshaltung der Arbeiter aufwärts geht: nicht im kapitalistischen Deutschland der Not und des Elends, des Lohnraubs und des Unterstützungsraubs, der Massenarbeitslosigkeit und des Hungers, sondern in Sowjetrußland, in dem Lande des siegreichen Aufbaus des Sozialismus.

Ich erkläre, daß ich von Koch, Heim und Konsorten, diesen bestochenen und bezahlten Agenten der arbeiterfeindlichen Nazipartei entschieden abrücke und daß ihre „Berichte" über Rußland erlogen sind; ich verurteile als Arbeiter ihre konterrevolutionäre Handlungsweise.

Falls meinem Rückkehrgesuch stattgegeben wird, verpflichte ich mich, an dem Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion tatkräftig mitzuwirken, meine Fehler wieder gutzumachen durch den Einsatz meiner ganzen Kraft für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Ich erkläre, daß ich dieses Gesuch freiwillig, ohne Versprechungen und Zusicherung von irgendeiner Seite gestellt habe.

Karl Steinert (Essen), Schacht „Junny Kommunar", Donbaß. Karl Schubing (Essen), Kiesel-Schacht, Wolodarska, Ural. Anton Schulz (Essen), Zeche Zentralnaja Rudnick Grischino. Johann Hinzmann (Essen), Amerikanka Wilhelm Tobias (Essen), Ural, Kusbaß. Wilhelm Steinmann (Essen), Schacht Briansk. Paul Waldhorst (Essen), Donezbecken. Ferdinand Schuwald (Essen) Schacht Briansk. Karl Melsa (Essen), Donbaß, Altschewsk. Franz Kaja (Essen), Schacht Briansk. Ernst Rilk (Essen), Donbaß, Woikow. August Walter (Essen), Woikow. Rudolf Nietmann (Essen), „Junny Kommunar", Donbaß. Gustav Witzek (Essen), „Junny Kommunar", Donbaß. Gustav Podorski (Essen), „Junny Kommunar", Donbaß. Richard Richter (Essen), Schacht Woikow, Donbaß. Ludwig Bammerlein (Essen), Ural, Kusbaß. Ernst Schmidt (Essen), Schacht Zentralnaja, Grischino. Josef Becker (Essen), Schacht Briansk. Josef Beidokat (Essen), „Junny Kommunar", Donbaß. Rudolf Schuwald (Essen), Schacht Briansk. B. Becker (Essen), Schacht Briansk. Gustav Sobotka (Essen), Schacht Zentralnaja, Grischino. Johann Schäfer (Essen), „Junny Kommunar", Donbaß. Wladislaus Bednarsk (Essen), Schacht Woikow, Donbaß. Johann Götze (Gelsenkirchen), Amerikanka, Donbaß. Paul Lautenschläger (Hosterhausen), Ural, Kiesel. Karl Schmera (Gelsenkirchen), „Junny Kommunar", Donbaß. Gustav Krause (Gelsenkirchen), „Junny Kommunar", Donbaß. Otto Friedenberger (Dinslaken), Bigossowa, Weißrußland. Karl Drotken (Essen), Grischino. Albert Dradmann (Essen), Ural, Kusbaß. Wilhelm Holz (Essen), Amerikanka, Donbaß. Franz Machnikowski (Essen), Schacht Woikow, Donbaß. Ferdinand Grabowski (Essen), Ural, Werchny-Ust Friedrich Kohn (Essen), Trust Moskwougol, Tula Bobrik-Donskoi. Wilhelm Tryzna (Essen), Trust Moskwougol, Tula Bobrik-Donskoi. Jakob Tapeser (Essen), Tschokino, Tula, Schacht 6. Albert Laurischka (Essen), Tschokino. Hermann Heilwig (Essen), Kradinie Lutz, Schacht Karl. Hermann Budgereit (Essen), Schacht Artjem. Josef Shora (Hervesh-Orsten), Kiesel, Ural. Wilhelm Bontz (Essen), Bolowinka. Heinrich Zielonka (Essen), Bolowinka. Hermann Petruschka (Essen). H. Bergmann (Essen), Schacht Briansk. Wilhelm Klatz (Essen), Schacht Briansk. Gustav Gronau (Essen), „Junny Kommunar", Donbaß. Davideij Max (Essen), Schacht Artjem. Franz Koch (Essen), Schacht Zentralnaja, Grischino. Paul Schabran (Gelsenkirchen), „Junny Kommunar", Donbaß. Hermann Schubring (Wattenscheid), Ural, Schacht Wolodarsk. Leo Bäcker (Essen), Donbaß, Grischino. Heinrich Artmann (Stöle), Bobrik-Donskoi, Tulaer Bezirk. Stanislaus Reich (Stoppenberg), „Junny Kommunar", Donbaß. Wladislaus Piwonski (Essen), Briansk.

Dieser Brief bedarf keines Kommentars. Er schlägt all die frechen Lügen der Nazis und der Sozialdemokratie. Er zeigt jedem unbefangenen Arbeiter in Deutschland, daß der Arbeiter, der einmal in der Sowjetunion gearbeitet hat, keine andere Sehnsucht kennt, als die Rückkehr in dieses Land des sozialistischen Aufbaus, er zeigt schließlich, daß nur dort, wo die Arbeiterklasse herrscht, Arbeit und Brot für alle vorhanden ist.

Nächtlicher Fischfang

Die Eingeborenen von Hawai gehen heute noch so wie vor tausend Jahren auf die Fischjagd, von der unser Bild hier berichtet: mit riesigen Fackeln gehen sie des Nachts am Strand entlang und jagen die gänzlich verwirrten Tiere in ihre großen Netze — ein unvergeßlicher Anblick für jeden, der diesem seltenen Schauspiel jemals beigewohnt hat.

Eine 12-jährige Mörderin verhaftet

Mord aus Rache

(TU.) Paris, 9. Juni. Eine 12jährige Mörderin, die zwei Kinder im Alter von 1 und 2 Jahren umbrachte, ist am Mittwoch in einem kleinen Dorf in der Nähe von Nancy verhaftet worden.

Das junge Mädchen wohnte bei ihrer verheirateten Schwester, die ihr die Aufsicht über ihre beiden Kinder übertragen hatte, während sie selbst vom frühen Morgen bis zum Abend in einer nahe gelegenen Fabrik arbeitete. Im Mai d. J. wurde die junge Mutter in den Vormittagsstunden davon benachrichtigt, daß das älteste der beiden Kinder plötzlich gestorben sei. Der Arzt stellte einen Gehirnschlag fest, und niemand ahnte, daß eine verbrecherische Hand im Spiel gewesen war. Am vergangenen Dienstag wiederholte sich der gleiche Vorgang. Die junge Mutter wurde in den Vormittagsstunden davon benachrichtigt, daß nunmehr auch das jüngste Kind plötzlich gestorben sei. Die Gendarmerie zeigte sich diesmal jedoch äußerst überrascht, da der Tod der beiden Kinder in einem Zeitraum von nur 14 Tagen eingetreten war. Man vernahm zunächst die 12jährige Schwester der jungen Mutter, die schließlich eingestand, die beiden Kinder erstickt zu haben, um sich an ihrer Schwester zu rächen, die sie vor kurzem geohrfeigt habe.

86 Morde

In Nowi Betschej in Rumänien wurden Untaten einer Räuberbande aufgedeckt, die beispiellos in der Kriminalgeschichte sind. Es wurde festgestellt, daß die Bande mindestens 86 Morde verübt hat. Die meisten Opfer wurden erschossen, acht Personen erschlagen. Bis jetzt wurden 60 Personen verhaftet.

Oberbürgermeister Walker soll abgesetzt werden

Neuyork, 9. Juni. In einer 15 Punkte enthaltenden Anklageschrift fordert der Untersuchungsleiter Seabury den Gouverneur Roosevelt auf, Oberbürgermeister Walker wegen Pflichtverletzung durch Annahme von Geldern, deren Herkunft nicht genügend geklärt ist, vom Amt zu entfernen. Einen Hauptanklagepunkt bildet der Kreditbrief der Omnibusgesellschaft über 10 000 Dollar, mit denen Walker seine Europareise finanziert hat.

★

Wie vorsichtig man sich da ausdrückt. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um Gelder, „deren Herkunft nicht genügend geklärt ist", sondern Walker ist eindeutig der Korruption überführt. Allein schon bei der Voruntersuchung wurde ihm die Annahme von 1 Million Korruptionsgelder nachgewiesen.

Drei Arbeiter ertrunken

Drei Arbeiter vom städtischen Flußbauamt Zwickau, die Vermessungsarbeiten vornahmen, stürzten ins Wasser, versuchten sich zu retten, trieben aber durch die starke Strömung ab und ertranken.

Mordtat bei Bielefeld

Ein Gastwirt erschlagen, Frau und Vater schwer verletzt

TU. **Bielefeld**, 9. Juni. Heute früh wurde in der Sennegemeinde Schloß Holte eine schwere Bluttat verübt. Gegen halb vier Uhr drang ein noch unbekannter Mann in das Schlafzimmer des 34 Jahre alten Gastwirts Johann Dresselhaus, genannt Brockmann, ein, überfiel den Schlafenden und tötete ihn durch zehn wuchtige Hammerschläge auf die Schädeldecke. Desgleichen wurde die Ehefrau des Gastwirts durch drei Hammerschläge schwer verletzt. Auch der auf die Hilferufe der Frau herbeigeeilte siebzigjährige Vater des Getöteten wurde durch den Mann niedergeschlagen. Das Dienstmädchen, das auf den Lärm ebenfalls herbeieilte, verletzte der Mörder nur leicht. Es hatte die Geistesgegenwart, dem Täter das Mordwerkzeug zu entreißen. Als der Mörder sich seiner Waffe beraubt sah, ergriff er die Flucht. Die Ermittlungen der Landeskriminalpolizei in Bielefeld führten zu einem eingehenden Verhör eines Mannes, der in einer Wirtschaft übernachtet hatte und heute morgen gegen vier Uhr angeblich von einem Spaziergang in die nähere Umgebung heimkehrte. Ob er als Täter in Frage kommt, muß abgewartet werden. Ungeklärt ist zur Stunde auch noch die Frage, ob ein größerer Geldbetrag, den der Ermordete am gestrigen Tage von der Bank abgeholt hatte, von dem Täter geraubt worden ist.

Der neue Messias wird ins Irrenhaus gesteckt

In der Kacinczygasse, im Zentrum von Budapest, rannte heute vormittag ein vollständig unbekleideter Mann aus dem Gebäude einer Badeanstalt auf die Straße und schrie, wild gestikulierend: „Ich bin der neue Messias, kommt her und hört, was ich predige!" Die Passanten ergriffen beim Anblick des anscheinend irrsinnigen Menschen die Flucht. Der Mann wurde in das Irrenhaus gebracht.

Fünf Arbeiter verletzt

TU. **Dortmund**, 9. Juni. Am Mittwochnachmittag ereignete sich auf dem „Hörder Verein" ein schwerer Betriebsunfall. Als im Martinswerk ein Kran eine Pfanne des glühenden Eisens in die Höhe gezogen hatte, riß plötzlich die Krankette, und das glühende Eisen ergoß sich nach allen Richtungen. Von den in der Nähe beschäftigten Arbeitern erlitten zwei so schwere Brandwunden, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Drei weitere Arbeiter kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Freilegung von Kriegerleichen

TU. **Paris**, 9. Juni. Die Ausgrabungen der sterblichen Ueberreste französischer und deutscher Soldaten im ehemaligen nordfranzösischen Kampfgebiet wird fortgesetzt. Im Laufe des Monats Mai wurden die Ueberreste von 302 Soldaten gefunden, von denen 117 der französischen und 185 der deutschen Armee angehören. 38 der deutschen Soldaten konnten identifiziert werden. Außerdem wurden in der Nähe von Péronne und bei Amiens in den letzten Tagen die sterblichen Ueberreste von 26 französischen und 225 deutschen Soldaten freigelegt. Bisher gelang es, nur neun französische Soldaten zu identifizieren.

Entgleisung auf der Vesuvbahn

Neapel, 8. Juni. Aus noch unbekannter Ursache sind heute vormittag drei Wagen der Vesuvbahn entgleist; dabei verunglückte ein Angestellter der Bahn so schwer, daß er auf der Stelle tot war. Zwölf Personen wurden verletzt.

Sechs Familienmitglieder bei einem Brande erstickt

Bagdad, 9. Juni. Eine Mutter ist mit ihren fünf Töchtern im Keller ihres Wohnhauses erstickt, wohin sie geflüchtet waren, nachdem das Haus in Brand geraten war. Der blinde Familienvater hatte sich aus den Flammen retten können.

Verantwortlich: Alfred Fendrich Berlin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320610-11/fragment/page=0004

Aus der Arbeit der R.G.O.

Eine Warnung

Von Willi Knoche.

Brandleristische Betrüger sind am Werk! Von außen wollen sie Verwirrung und Zersetzung in die Partei und in die RGO tragen, um unsere Genossen für ihre arbeiterfeindliche Tolerierungspolitik gegenüber der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie zu mißbrauchen.

Selbstverständlich hängen sie ihrer verbrecherischen Zersetzungsarbeit das Mäntelchen der „Einheitsfront" um. Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, als wenn sie „wirklich uneigennützig" an die Organisierung der Einheitsfront herangehen, um so den ehrlichen Arbeitern, die für die Schaffung der roten Einheitsfront arbeiten und kämpfen, um so besser Sand in die Augen zu streuen.

Gegenwärtig versuchen sie die oppositionellen Metallarbeiter und besonders unsere Genossen für eine „linke" Fraktion im DMV zu ködern. (!)

Auf diese Weise wollen sich die Brandleristen an die Spitze der revolutionären Opposition drängen, um sie in ihr opportunistisches Fahrwasser abzubiegen.

Vor einigen Tagen tauchten bei einem unserer Ammendorfer Genossen die berüchtigten Renegaten König und Japp aus Halle auf. Sie brachten dem Genossen Adressen und Einladungsschreiben und beredeten ihn eine Sitzung von oppositionellen Kollegen einzuberufen. Im guten Glauben, hier wirklich etwas positives für die Schaffung der roten Einheitsfront tun zu können, organisierten unsere Ammendorfer Genossen eine solche Sitzung. Sie fand am Freitag, dem 3. Juni statt. Es waren nur vier Parteimitglieder und acht parteilose Kollegen, darunter ein brandleristischer Kallege, anwesend. Die übrigen eingeladenen Genossen waren wahrscheinlich, stutzig gemacht durch die brandleristische Einladung, der Sitzung ferngeblieben.

Die Rede Japps war eine einzige unverschämte provokatorische Hetze gegen die KPD und besonders gegen unsere RGO-Politik. Frech behauptete er, daß unsere Parteiführung kein Verständnis für den Einheitsfrontgedanken hätte und sich gegen die Herstellung einer Einheitsfront wehrt. Aus diesem Grunde müßten sie sich direkt an die Arbeiter wenden. Der RGO-Kurs der Partei sei daran schuld, daß die Positionen der Partei in den Gewerkschaften so geschwächt seien. Abgesehen davon, daß er unsere Schwäche im DMV übertrieben darstellte, mit dem offenkundigen Ziel unsere Genossen zu deprimieren, verschwieg er sorgfältig, daß die Brandleristen immer im Kampfe gegen die RGO an der Seite der Sozialfaschisten standen und diesen in bezug auf Gemeinheit und Raffiniertheit der Betrugsmanöver absolut nichts nachgaben.

Ja, in den meisten Fällen lieferten sie den Gewerkschaftsbonzen das Material für ihre Hetz- und Ausschluß-Kampagnen gegen die revolutionäre Opposition. Demagogisch beteuerte Japp, daß sie, die Brandleristen, durchaus „uneigennützig" seien und „nichts für sich beanspruchen" wollen, „alle Positionen in den DMV-Bezirken soll die KPD haben".

Wie ihre Beteuerungen in der Praxis aussehen, zeigte sich in der letzten Generalversammlung des Hallischen DMV. In dieser zusammengeschobenen Vertreterversammlung stellten sie unserem Verbandstagskandidaten, dem Genossen Schumann, den Renegaten König gegenüber und brachten damit unseren Vorschlag zu Fall.

Statt der roten Einheitsfront der Arbeiter wollen sie eine „linke Fraktion" im DMV schaffen, die „die Bonzen zwingen" soll, „mit der Tolerierungspolitik Schluß zu machen und die Gewerkschaften wieder zu den alten Klassenorganisationen zu machen".

Durch Beschwerden und Papierproteste, unter Berufung auf Satzungen und Statuten, die die Bonzen selber ausgeknobelt haben, sollen die Bonzen „gezwungen" werden. (!)

Diese „zwingt die Bonzen-Theorie" ist von der revolutionären Arbeiterschaft schon längst abgelehnt worden, weil sie falsch und opportunistisch ist, weil sie die falsche und gefährliche Illusion voraussetzt, daß die Bonzen auch anders, revolutionär sein können, wenn sie wollen und weil sie die eigene Initiative der Arbeiter lähmt.

Wie sich die Brandleristen die „Wiederherstellung" der freien Gewerkschaften als Klassenkampforgane vorstellen, ging aus den weiteren Ausführungen Japps hervor. Er sprach für die „Vorbereitung des Generalstreiks" und hetzte gleichzeitig gegen die „unsinnigen Streiks der RGO". Bei dieser Hetze verwendet er frech unsere eigene, selbstkritische Stellungnahme zu den Fehlern und Mängeln der von uns geführten Streikkämpfe.

Wir sollen aus diesen Kämpfen die Lehre ziehen keine Streiks mehr zu führen. (!)

Trotzdem sei auch er „für Streiks". Aber gegen die Kriegsproduktion (und damit gegen die Streikvorbereitungen und gegen den Krieg selbst) „sei es schwierig zu streiken", denn „man könne ja nicht wissen, ob das Kriegsmaterial nicht auch für die Sowjetunion bestimmt sei" und man könne ja „nicht gegen einen Unternehmer streiken, der Sowjet-Aufträge hat".

Um das feststellen zu können, sei notwendig die alte Losung der Brandleristen, „Kontrolle der Produktion" wieder aufzustellen.

Nicht Phrasen, sondern rote Kampfeinheit!

Eine Eisenbahnerversammlung zeigt erneut, daß von Alex Möller und Konsorten keine Kampforganisierung zu erwarten ist

A.-K. Der sattsam bekannte „linke" Sozialdemokrat Alex Möller gab sich in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung, die am Mittwoch im Halischen Volkspark stattfand, redlich viel Mühe, um den Eisenbahnern zu beweisen, wie notwendig es sei, sich unter Führung von Alex Möller zum Kampf gegen die Nazis und gegen derartige verräterische Politik zu formieren. Alex versuchte in seiner langen Rede die Verrätereien der Gewerkschaftsbürokratie zu vertuschen. Möller wetterte gegen die Notverordnungen, und da hagelte es treffende Zwischenrufe: **„Ihr habt doch dafür gestimmt!"**

Und in echter Bonzenmanier versuchte er die einfachen Betriebsarbeiter als geistig minderwertig hinzustellen. Er, Möller, dem jedes Klassenbewußtsein abgeht, ödete klassenbewußte Arbeiter an, weil sie seinen Schwindel durchschauten.

Als Möller einige Phrasen drosch über die Elendslage des Proletariats und dabei erklärte, „die freien Gewerkschaften haben den Arbeitnehmer erst herausgehoben aus der Tiefe und ihn zum Menschen gemacht", setzte ein höllisches Gelächter ein, weil die Proleten die Geschichte der Gewerkschaften besser kannten als Möller, weil sie ihm auch zuriefen: **„Die Arbeiterklasse ist durch Kampfgewerkschaften groß und stark geworden, und heute verelendet die Arbeiterklasse durch eure Lohnabbaupolitik, durch eure Schuld!**

Möller sprach dann von „Luft, Licht und Sonne" und von Kulturgenüssen, die der Arbeiter brauche. Kein Wort sagte er über Entlassungen und Lohnabbau. Die Luft-, Licht- und Sonneforderungen — in Möllers Munde aber nur elende Phrasen — wirkten genau so wie in der Eisenbahnerversammlung der Nazis die Reden einer Nazi-Kanone über die Schminke der „lieben Frauen", die im „Dritten Reich" abgeschafft werden würde, was sehr wahrscheinlich zur Folge haben wird, daß so manche Nazijungfer dann aus der NSDAP austritt.

Möllers Rederei unterschied sich in Wirklichkeit durch nichts von dem Sermon, den die Nazi-Referenten verzapfen.

Nicht eine einzige konkrete Frage hat Möller behandelt und angeschnitten. Der Knalleffekt seiner Rede war: „Gebt uns jetzt am 31. Juli bei den Reichstagswahlen die Mehrheit."

In der Diskussion bekamen zwei Nazis das Wort, obwohl sich zuerst Betriebsarbeiter gemeldet hatten, — und man hatte Geduld mit den Nazis, man ließ sie reden. Der Lademeister Koppe aus Falkenberg war extra nach Halle gekommen, um die Lehren des „Dritten Reiches" zu verkünden. Er machte ein bemerkenswertes Eingeständnis. Er sagte: **„Im Dritten Reich werden noch manchem die Augen aufgehen."**

Der Nazi meinte, Adolf Hitler werde den sechs Millionen Erwerbslosen in Deutschland Arbeit geben. „Zwangsarbeit!" erscholl es im Chore. Der Nazimann schloß mit einem „Heil Hitler" ab.

Noch ein zweiter Nazi durfte sich ausquasseln, und als ein Betriebsarbeiter das Wort nehmen wollte, da hieß es: „Es haben sich noch sieben Diskussionsredner gemeldet. Das dauert dann zu lange. — Alex Möller hat das Schlußwort." Selbst Eisenbahnerfrauen wurde das Wort verweigert.

Es setzte ein ungeheurer Tumult ein. Der Saal leerte sich, und vor wenig Eisenbahnern hat Möller dann seine Ausführungen beendet. Möller hat in der Versammlung aber dennoch den kürzeren gezogen, denn von vielen ehrlichen Eisenbahnerkollegen wurde das schändliche Vorgehen in der Versammlung gebrandmarkt.

Ein kleiner Zwischenfall hat die Situation am besten gekennzeichnet. Als Möller einiges gegen die Nazis sagte und erklärte, in Zukunft werde der Kampfruf der Massen nicht „Heil Hitler" sein, sondern: „Rot Front!" schallte es ihm von den Betriebsarbeitern entgegen. Da machte der Phraseur doch ein bedeppertes Gesicht.

Es war vorauszusehen, daß in einer Versammlung der Bürokratie keine anderen Töne angeschlagen wurden. Die Kollegen haben noch viel zu viel Geduld bewiesen.

Es kommt darauf an, in den Betrieben, auf den Dienststellen die rote Einheitsfront gegen Entlassungen und Lohnabbau zu schmieden, dann wird Möller nicht mehr seine Phrasen anbringen können, dann tragen die Kollegen schon von sich aus die richtige Note in alle Versammlungen und Kundgebungen. Dann wird der Kampf gegen alle Verschlechterungen in prächtiger, geeinter Front aufgenommen!

Jeder klassenbewußte Arbeiter merkt sofort, daß uns diese brandleristischen Betrüger vom Kampf gegen die Kriegsproduktion und damit gegen den Krieg selbst abhalten wollen, und daß dazu die Sympathien der Arbeiter für die Sowjetunion ausgenützt werden sollen.

Gleichzeitig hetzen sie äußerst raffiniert gegen die SU und stellen deren Friedenswillen in Zweifel! „Man kann ja nicht wissen, ob das Kriegsmaterial für Japan oder Sowjet-Rußland bestimmt ist", so wird geschickt eine Parallele gezogen mit dem imperialistischen Japan, dahinter taucht dann die Lüge vom „roten Imperialismus" auf. Außerdem soll die Sowjetunion auch gegen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter ausgespielt werden.

Wenn man gegen Unternehmer, die Sowjet-Aufträge haben „nicht streiken kann", dann muß doch der Anschein erweckt werden, als wenn die Sowjetunion gegen einen solchen Streik wäre. In Wirklichkeit kommt dieser Schwindel nur dem betreffenden Unternehmer zugute, denn niemals verlangt die Sowjetunion, daß die Arbeiter in solchen Betrieben kampflos Lohnraub und brutale Ausbeutung hinnehmen sollen. Bezeichnend ist, daß sich die Lügenmanöver der Brandleristen nicht im geringsten von denen der Unternehmer, der Sozial- sowie der Hitler-Faschisten und der übrigen Kriegstreiber unterscheiden.

Solche „Argumente", wie sie Japp in Ammendorf gebrauchte, kann man fast täglich in der SPD-, Nazi- und der übrigen bürgerlichen Presse lesen!

Die Theorie und Praxis dieser brandleristischen Möchtegerne unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der der ausgeprägtesten Sozialfaschisten. Sie bezeichnen sich zwar noch als „Kommunisten", in Wirklichkeit sind sie nur eine **Spielart des Sozialfaschismus, und zwar eine genau so gefährliche und trügerische wie die „linken" SPD- und die SAP-Bonzen!**

Die Lehre aus diesem Versuch der Brandleristen in Ammendorf muß heißen:

Äußerste Wachsamkeit aller Genossen gegenüber allen Versuchen unserer Gegner in unsere Reihen einzudringen, um Zersetzungsarbeit zu leisten.

Schärfster ideologischer Kampf gegen jede Duldung bürgerlicher, sozialfaschistischer und brandleristischer Ideologien in den Reihen unserer Parteimitglieder.

Ausbau und Festigung unserer Fraktionen in den Verbänden und Herstellung einer festen Fraktionsdisziplin!

Schaffung von breiten Gruppen oppositioneller Gewerkschaftsmitglieder! Organisierung der roten Einheitsfront von unten, auf der Grundlage des Kampfes um die Tagesforderungen der Arbeiter!

Das sind die wichtigsten Lehren, die wir besonders in unserem Bezirk aus diesem Vorfall ziehen müssen. Es besteht die Möglichkeit, daß die Brandleristen weiter versuchen werden in Halle und im Saalkreis an unsere Mitglieder heranzukommen. Gebt ihnen die gebührende Antwort.

Mit Betrügern kann es keine Einheitsfront geben!

Die Einheitsfront kann nur gebildet werden von unten, von Arbeiter zu Arbeiter, mit allen sozialdemokratischen, brandleristischen, nationalsozialistischen, parteilosen, gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Arbeitern, die entschlossen sind, den Kampf gegen Lohnraub, Faschismus und Krieg in den Gewerkschaften, Betrieben und auf den Stempelstellen als revolutionären Kampf zu führen.

Unsere Antifaschistische Aktion muß der Auftakt für diese gemeinsamen Kämpfe in roter Einheitsfront werden. Jeder Genosse und jeder revolutionäre Arbeiter kann und muß durch eifrige Mobilisierungs- und Organisierungsarbeit mithelfen, die rote Einheitsfront zu schaffen.

In jedem Betrieb und in jedem Ort müssen jetzt gemeinsame Mitgliederversammlungen unserer Parteiortsgruppen und -zellen, RGO-Gruppen und roter Verbände mit den übrigen proletarischen Massenorganisationen, mit den SPD- und Reichsbannerleuten und -Ortsgruppen, mit den freigewerkschaftlichen Verbandsgruppen, mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, mit den Arbeitersportlern in den roten, bundestreuen und bürgerlichen Sportvereinen und mit allen übrigen Arbeiterorganisationen und -vereinen, organisiert und durchgeführt werden!

Dort müssen gemeinsam betriebliche und örtliche Kampfforderungen aufgestellt und antifaschistische Einheitskomitees gewählt werden. Diese Komitees müssen durch Einbeziehung aktiver, parteiloser und unorganisierter Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Belegschafts- und öffentlichen Versammlungen gewählt werden, die Verbindung mit den breiten Massen der Arbeiterschaft herstellen. Diese Komitees werden wirkliche führende Einheitsfrontorgane der deutschen Arbeiterklasse im Kampfe gegen Lohn- und Unterstützungsraub, Faschismus und Krieg werden.

Kritische Raucher prüfen, ehe sie ihre Gunst verschenken.

Weil die Juno-Packungen weder Wertmarken, Gutscheine noch Stickereien enthalten, liegt

der entscheidende Wert bei der

JUNO

allein in der Qualität.

Wählen Sie deshalb Juno, denn sie hat es in sich!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320610-11/fragment/page=0005

HALLE

Freitag, 10. Juni 1932.

„Milch gibt Kraft"

Es ist erstaunlich, welche Mittel die Bourgeoisie anwendet, um zum Ziele zu gelangen. Einerseits wird von seiten der Kapitalistenklasse mit Fiebereifer daran gearbeitet, die letzten Vorbereitungen zum imperialistischen Raubzug gegen die Sowjetunion, das Land des sozialistischen Aufbaus, zu treffen. Diesem Zwecke dienen neben den offiziellen und inoffiziellen Provokationen der einzelnen Militaristen der Sowjetunion gegenüber, neben der Herstellung von Kriegsmaterial und neben der Militarisierung der Arbeit, auch die verstärkten Kriegsrüstungen im Flugwesen. Um letztere die Bevölkerung besonders schmackhaft zu machen, werden ab und zu sogenannte „große Flugtage" veranstaltet. So auch am letzten Sonntag im Flughafen Halle-Leipzig, wo mit allem Drum und Dran ein „umfangreiches flugsportliches Programm" abgewickelt wurde.

Darüber hinaus aber will man auch der Landwirtschaft etwas behilflich sein und verbindet diesen Flugtag mit einer Propaganda für die Steigerung des Milchverbrauchs. Der deutsche Reichsmilchausschuß hat eine Werbeveranstaltung für den Milchverbrauch angesetzt. Abgesehen davon, daß unzählige Plakate, ein Werbeumzug von Werbewagen und dergleichen Dinge mehr für die Steigerung des Milchverbrauchs werben sollen, ist auch vorgesehen, daß bei kommenden Flugtagen Reklameballons und Reklameflugzeuge aufsteigen sollen und auf die Bedeutung des „erhöhten Milchgenusses" aufmerksam machen werden. Das Ganze soll unter der Devise laufen: „Milch gibt Kraft".

Nun, das ist an und für sich keine Neuigkeit. Jeder Werktätige und jede werktätige Frau weiß sehr wohl den Wert der Milch zu schätzen. Jede werktätige Mutter aber zerbricht sich tagtäglich den Kopf, wie sie ihren Kindern die ihnen so dringend notwendige Milch beschaffen soll. Denn daß Milch Kraft gibt, braucht man ihr nicht erst zu sagen. Aber was ihr niemand sagt, ist: Woher das Geld nehmen, um die nötige Milch zu beschaffen.

Der in den letzten Jahren und Monaten vorgenommene Lohn- und Unterstützungsabbau auf Grund der Notverordnungen hat es mit sich gebracht, daß heute die proletarische Mutter nicht mehr in der Lage ist, den Kindern das notwendige Stück Brot zu geben. Sie empfindet es daher als Hohn, wenn von seiten der Behörden und der Unternehmer mit allerhand Klimbim „Werbetage für die Steigerung des Milchkonsums" veranstaltet werden.

Alle werktätigen Männer und Frauen müssen erkennen, daß ihnen die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht das Notwendige zum Lebensunterhalt gibt und geben wird, sondern, daß sie sich zum Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz zusammenschließen müssen in der roten Einheitsfront, die geführt wird von der Kommunistischen Partei. Verhindert jeden weiteren Lohnabbau und Unterstützungsabbau! Kämpft für Erhöhung der Löhne und Unterstützungen, dann könnt ihr euren Kindern und euch selbst genügend Milch beschaffen auch ohne Milchwerbetage.

Wer gibt Bücher für die politischen Gefangenen!

Die im hiesigen Untersuchungsgefängnis inhaftierten proletarischen politischen Gefangenen sind während ihrer Haftzeit zur Untätigkeit verurteilt, sie haben aber Gelegenheit, durch Studium guter Bücher sich weiter fortzubilden. Die Rote Hilfe sorgt dafür, daß ein ständiger Austausch der Literatur erfolgt und so die Genossen über Lesestoff verfügen. Leider aber sind die Literaturbestände nicht derart hoch, daß bei der meist recht langen Untersuchungshaft die einzelnen Genossen laufend neue Bücher bekommen können. Wir erinnern daran, daß die Genossen Schippa, Schnura und Napp bereits ein ganzes Jahr im hiesigen Untersuchungsgefängnis sitzen.

Aus diesem Grunde rufen wir hiermit auf, daß alle Arbeiter ihre Bücherbestände durchsehen und solche Bücher, die sich zum Studium für proletarische politische Gefangene eignen, der Roten Hilfe zur Verfügung stellen. Sie sind abzuliefern im Bezirksbüro der Roten Hilfe Mitteldeutschlands, Halle a. d. S., Steinweg 24, Hof, I.

Nochmals: Der Fall Göhre

Am 12. April wurde der „Schuß im Jugendamt" (9. Dezember 1931) auf den Oberstadtsekretär Göhre verhandelt. Göhre wurde zu einem Monat, Haller und Pfeiffer zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legten alle drei Berufung ein, die von der II. Strafkammer verworfen wurde, und zwar mit der Abänderung, daß vier Monate der Untersuchungshaft bei Haller angerechnet werden. Da sich die Berufung nur auf das Strafmaß erstreckte, wurde keine neuerliche Beweisaufnahme durchgeführt. Allerdings gab Rechtsanwalt Fackenheim als Göhres Verteidiger zwecks Umwandlung der Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe an, daß Göhre von einem hohen „ethischen Standpunkt" aus gehandelt habe, denn er wollte durch den „gemachten" Raubmord die Ehre seines Namens retten, damit niemand auf sein Grab mit Fingern zeigen und sagen könne: „Dort liegt ein Selbstmörder." Weiterhin wollte Göhre durch diesen beabsichtigten „Mord" die Unterschlagungen vertuschen, die er als Nachlaßverwalter vorgenommen hatte. Das war übrigens ein ganz neuer Punkt, der in der ersten Verhandlung gar nicht erwähnt worden war. — Wie weit die Voruntersuchung gegen Göhre wegen Amtsunterschlagung im Wohlfahrtsamt vorgeschritten ist, wurde nicht mitgeteilt. Aber es wird doch allmählich Zeit, daß die Korruption im Jugendamt endlich vor aller Oeffentlichkeit geklärt wird. Sehr interessant ist, daß in der Urteilsbegründung des Schöffengerichts und auch der Strafkammer ausgeführt wird, daß Göhre deswegen nur einen Monat Gefängnis erhielt, weil er sich in einer „Notlage" befand und unglücklich verheiratet war. Eine solche Rücksichtnahme ist bei Erwerbslosen, die wegen irgendeines Notdeliktes vor Gericht stehen, nicht festzustellen.

Vier Bisamratten erlegt. Donnerstag morgen gelang es zwei Hallischen Fischern in der Nähe der Cröllwitzer Papierfabrik vier ausgewachsene Bisamratten zu erlegen. Es ist dies das erste Mal, daß im Hallischen Flußgebiet Bisamratten erlegt worden sind.

Rote Elternbeiräte an allen Schulen!

Kinder hungern, Kinder sterben!

Erschütterndes Tatsachenmaterial über das Kinderelend im Zeichen des Zerfalls des Kapitalismus — Schafft in den Schulen die rote Kampfeinheit der Eltern, Kinder und Lehrer! — Am 26. Juni jede Stimme der Liste „Proletarischer Schulkampf"!

In welch ungeheuerlicher Weise die Kinder der Werktätigen vom Zerfall des Kapitalismus betroffen werden, ergibt sich aus einer amtlichen **Denkschrift über den Gesundheitszustand in den Volksschulen Preußens.** Diese Denkschrift ist von der IAH in einer Broschüre „Kinder hungern? Kinder sterben", verarbeitet worden. Ein erschütterndes Tatsachenmaterial über den Grad des Kinderelends ist dort zusammengefaßt. Aus dieser Denkschrift ergibt sich die Tatsache, daß **der Kampf in der Schule in erster Linie von der Seite der sozialen Versorgung der Kinder geführt werden muß. Nur die proletarischen Elternbeiräte haben in ihren Schulkampfforderungen deshalb gerade in dieser Hinsicht eine Reihe von Forderungen erhoben. Sie fordern freie Schulspeisung, ärztliche Versorgung für alle Kinder, Bekleidung für die Kinder der Erwerbslosen, Ausbau der hygienischen Schuleinrichtungen, Schaffung von Sport- und Spielplätzen usw. Am 26. Juni finden in Halle die Elternbeiratswahlen statt. Es darf keine Schule geben, an der nicht eine Liste „Proletarischer Schulkampf" mit den Forderungen der kämpfenden roten Einheit der Arbeitereltern und Arbeiterkinder vorhanden ist.**

In der obengenannten Denkschrift werden folgende Tatsachen angeführt:

Kinder ohne Unterwäsche

In der Duisburger Volksschule wurde festgestellt:

13 Prozent der Kinder haben nur ein Hemd, 38 Prozent nur zwei Hemden, 38 Prozent haben in diesem Winter nicht einen Fetzen Unterzeug am Leibe gehabt, nur ein Paar Strümpfe haben 24 Prozent der Kinder, also nicht ein einziges Paar zum Wechseln.

Nur 2 Paar Strümpfe haben 42 Prozent, nur ein Kleid oder einen Anzug, der zum Teil schon unbrauchbar ist, haben 36 Prozent. Die Kinder können ihr Kleid nicht wechseln.

11 Kinder haben überhaupt keine Schuhe,

sie sind in diesem Winter barfuß in die Volksschule gegangen. Nur ein Paar Schuhe, zum großen Teil kaum zu tragen, haben 68 Prozent. Keine Mäntel hatten in diesem Winter 32 Prozent der Kinder.

Die Regierung muß in ihrer Denkschrift zugeben, daß die Zunahme der Kinderkrankheiten, insbesondere Diphtherie und auch Kinderlähmung auf die Zusammendrängung in den Schulklassen zurückzuführen ist.

Die schulärztliche Ueberwachung aber wird eingestellt.

Bisher kam in **Preußen im Durchschnitt auf etwa 10 000 Kinder nur ein Schularzt.** Die preußische „Denkschrift über den Gesundheitszustand der Kinder in den Volksschulen" vom 2. März 1932 liefert dazu folgende Berichte:

„Nach den jetzigen vorgelegten Berichten der Regierungspräsidenten sind bereits 63 Schulärzte entlassen, und die schulärztliche Fürsorge ist in 33 Kreisen eingestellt, in weiteren 54 Kreisen dahin eingeschränkt worden, daß nur noch einige Lehrgänge der Schulkinder schulärztlich untersucht werden."

„Die Röntgenuntersuchungen tuberkuloseverdächtiger Schulkinder können nur noch in beschränktem Umfange durchgeführt werden. Durchuntersuchungen ganzer Schulklassen vor dem Röntgenschirm zum Auffinden beginnender Lungentuberkulose werden kaum noch veranstaltet werden können. Heilkuren für tuberkulöse Kinder mußten erheblich nach Zahl und Dauer der einzelnen Kuren eingeschränkt werden."

„6 Schulzahnkliniken sind geschlossen, 19 Schulärzte entlassen worden. Die Schulzahnpflege wurde in 25 Kreisen eingestellt, in 19 Kreisen insofern eingeschränkt, als die Gebißuntersuchungen nicht mehr durch Zahnärzte, sondern nur noch durch Schulärzte erfolgen, und die Kosten für die Zahnbehandlung der Schulkinder von den Gemeinden ganz gestrichen oder gekürzt werden mußten."

Die Denkschrift berücksichtigt bei den Angaben über den Gesundheitszustand nur die Zahlen von 1929 und 1930 und gibt nur einige neuere Mitteilungen aus Berichten der Regierungspräsidenten.

Nur knapp ein Viertel der preußischen Schulkinder wurden untersucht. Dabei stellte sich heraus, daß nur 38,9 Prozent der Schulkinder als gut genährt, 49 Prozent als gerade befriedigend und **12,3 Prozent als völlig ungenügend ernährt, also unterernährt,** zu bezeichnen sind. Selbst wenn man diese Prozentsätze zugrunde legt, ergibt sich, **daß bereits im Jahre 1930**

530 000 Schulkinder in Preußen unterernährt waren

Die Regierung erklärt, daß eine erhebliche Verschlechterung des Ernährungszustandes erst seit dem Herbst 1931 beobachtet wird.

Der **Kreisarzt Königsberg-Land** hat bei den Schulbesichtigungen an mehreren Orten verhältnismäßig **zahlreiche unterernährte Kinder aus den neuerdings zugezogenen Siedlerfamilien bemerkt,**

Kinder ohne Frühstück

Der **Kreisarzt von Marienwerder** hat festgestellt, daß in einer Stadtschule von etwa **300 Kindern 56 ohne Frühstück in die Schule kamen.**

Die Fürsorgeärzte des Kreises Randow stellten eine starke Abnahme des Gewichts fest. Als Ursache wird die schlechte Lebenshaltung bei dauernd erwerbslosen Eltern angegeben.

Erschütternd ist auch das bereits im „Klassenkampf" veröffentlichte Material, das vor einigen Monaten der Hallische Kreislehrerrat in einer Denkschrift bekanntgegeben hat.

Arbeitereltern! Der rigorose Schulabbau an den Volksschulen, der bevorstehende weitere Lohn- und Unterstützungsabbau, gefährdet das Leben eurer Kinder aufs äußerste! Laßt es nicht zu, daß die Gesundheit eurer Kinder systematisch zerstört wird! Nehmt den Kampf gegen Schulabbau und Schulfaschismus unverzüglich auf. Mobilisiert die Arbeitereltern an allen Volksschulen! Agitiert für die Liste „Proletarischer Schulkampf"!

Rote Elternbeiräte in allen Schulen!

Wohin am 12. Juni?

Zur Abschlußveranstaltung zum Internationalen Solidaritätstag!

Großes Volks- und Sportfest

zugunsten der IAH auf dem Gelände des Freien Sportvereins an der Mansfelder Straße.

Sorgt für Massenteilnahme!

Aufruf der sexualpolitischen Organisationen

Wir schaffen die Einheitsfront gegen Kulturreaktion

Täglich erleben wir neue Vorstöße der Kulturreaktion. Die Justiz geht mit aller Schärfe gegen alle Verstöße gegen den § 218 vor. Rücksichtslos werden Aerzte und im besonderen Proletarierfrauen verurteilt. Der Ruf aus Mitgliederkreisen der Sexualverbände nach der Einheit wird immer größer. Die Erkenntnis, daß die kleinen Verbände nicht vermögen gegen die Reaktion einen ernsthaften Kampf zu führen, veranlaßt die breite Mitgliedschaft dieser Verbände eine große schlagkräftige Organisation als Abwehrfront gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse zu fordern. Die Schaffung der Einheit von unten im Kampfe gegen die Feinde der Arbeiterklasse, gegen die Saboteure der Einheit in den Sexualverbänden ist das Gebot der Stunde. Das **„Vorbereitende Einheitskomitee aller Sexualpolitischen Organisationen"** hat für Sonntag, den 7. August, 10 Uhr, im Schultaum der „Masch" Halle a. S., Charlottenstraße 9, eine

Bezirkseinheitskonferenz

einberufen. Es soll dort beraten werden, welche Wege einzuschlagen sind, um endlich zur Einheit zu kommen. Diskutiert in euren Mitgliederversammlungen den Einheitsgedanken.

Wählt Delegierte, damit auch diese Konferenz ein Erfolg wird. Vorwärts zum Kampf gegen Kulturreaktion! Gegen den § 218. Es lebe die Einheit der Sexualpolitischen Organisationen! Auf je 25 Mitglieder ist ein Delegierter zu entsenden.

Vorbereitende Einheitskomitee
Verb. f. Sexualreform, (Opposition)
Liga f. Mutterschutz (Opposition)
Verb. f. prolt. Sexualreform u. Mutterschutz.

Rote Einheit für Antifaschistische Aktion

Eine Welle von einheitlichen Kämpfen der Arbeiter aller Parteien gegen das Hungersystem im Zeichen der Antifaschistischen Aktion geht durch das ganze Reich. Die neue „AIZ" berichtet von den Streiks, den Demonstrationen und antifaschistischen Kundgebungen. Sie berichtet anläßlich der hessischen Wahlen über die revolutionäre Kommunalpolitik, die Mörfelden, einem Ort bei Frankfurt, durchgeführt und dann von dem Staatskommissar mit Hilfe der Polizei verhindert wurde. Die „AIZ" berichtet ferner über das vorbildliche Beispiel der kämpfenden Einheitsfront in dem hessischen Ort Hirschhorn.

Ein eindrucksvolles Bild auf den Mittelseiten der „AIZ" zeigt den Aufmarsch der roten Sportler im Lande, wo es keinen Faschismus gibt, wo die Bourgeoisie nicht mehr herrscht: den Aufmarsch auf dem Roten Platz in Moskau. Der antifaschistische Kampf ist aufs engste verbunden mit dem Kampf gegen den Krieg. Vom Kampfkongreß der Internationale der Seeleute (ISH), der die Seeleute aus der ganzen Welt vereinigte, bringt die „AIZ" einen illustrierten Beitrag von Fritz Heckert.

Ein Massenbild vom „Kuhle Wampe"-Film, eine große Anzahl Sportbilder und die Kinder-AIZ sowie interessante Seiten über das Leben der australischen Wilden ergänzen das neue Heft der „AIZ".

Redakteur der „Hungerarmee" vorm Schöffengericht

Genosse Bantau zeichnete für die Erwerbslosenzeitung „Hungerarmee" verantwortlich und stand am Mittwoch wegen eines Artikels „Skandalöse Zustände im Kinderheim" vor dem Schöffengericht. Dieser Artikel stand in der Nummer 10 vom Oktober 1931 und enthüllte einige Praktiken der Leiterin, Fräulein Wolf, des Kinderheims Ohm (Bad Kösen). Das Fräulein Wolf fühlte sich wegen dieser „Enthüllungen" beleidigt und stellte Strafantrag gegen den Genossen Bantau. Ein Strafbefehl über 100 Mark wurde ihm zugestellt. Der Genosse Bantau legte hiergegen Einspruch ein, der jetzt verhandelt werden sollte. Er will den Wahrheitsbeweis antreten und seinen Vertrauensmann als Zeugen laden lassen. Ebenfalls beantragte er die Ladung von Fräulein W. Auf Grund dieser beiden Anträge zur Beweisaufnahme wurde die Verhandlung vertagt.

Neuer Protest gegen die Zerschlagung der provinziellen Einheit

Der Provinzialausschuß in Merseburg hielt auf seiner Sitzung am 7. Juni an seiner Auffassung fest, nach der in der Herausnahme des Handelskammerbezirkes Mühlhausen aus dem geschlossenen Behördenkreise der Provinz eine Schädigung der Interessen der Provinz Sachsen zu erblicken ist. Wie der Landeshauptmann berichtete, hat sich die Provinzialverwaltung an zuständiger Stelle gegen jede Teilreform gewandt. Ferner wurde dem Provinzialausschuß Mitteilung von einer Eingabe an das Statistische Reichsamt gemacht, die sich mit der geplanten Neuorganisation der Verkehrsbezirke Mitteldeutschlands befaßt. Dem Statistischen Reichsamt ist die Bitte vorgetragen worden, von einer Teilreform auf diesem Spezialgebiet abzusehen und die geplante Neueinteilung der Verkehrsbezirke bis zu dem Zeitpunkt auszusetzen, an dem eine durchgreifende Gebietsreform erfolgt.

Willi Münzenberg, Berlin, spricht morgen Sonnabend in Halle

20 Uhr, im „Thaliasaal". Große Solidaritätskundgebung gegen Hunger, Krieg und Faschismus

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320610-11/fragment/page=0006

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion in 8 Tagen geworben

336 „Klassenkampf"- u. 1211 „Rote Echo"-Leser

253 Betriebsarbeiter unter den neuen Abonnenten als Träger der Kampfparole: Jeder Betrieb eine rote Burg!

Stadt Naumburg marschiert an der Spitze

Naumburg führte am Sonntag, dem 5. Juni die Pressewerbung weiter und konnte gewinnen: 35 „Rote Echo"-Abonnenten (am 29. Mai = 25) und 2 „Klassenkampf"-Leser (am 29. Mai = 3). Darunter befinden sich 6 Betriebsarbeiter und ein Kleingewerbetreibender. Abbestellt wurde ein „Naumburger Tageblatt".

Delitzscher Land wird erobert

Radefeld hat 2 „Klassenkampf"- und 4 „Rote Echo"-Abonnenten gewonnen. An der Werbearbeit beteiligten sich leider nur zwei Parteimitglieder. Es ist gelungen, daß der letzte Genosse die gegnerische Presse abbestellte. Im Einzelverkauf wurden 20 „Klassenkampf"- und 60 „Rote Echo"-Exemplare umgesetzt. Gleichzeitig wurde ein „Klassenkampf"-Abonnement-Kollektiv bei der Werbung geschaffen. Nächstens wird es gelingen, eine Anzahl entlassener Eisenbahnarbeiter als Leser des „Roten Echo" zu gewinnen.

Krostitz gelang es, 3 „Klassenkampf"-Leser zu werben, darunter 1 Betriebsarbeiter. Ein neugeworbener Abonnent bestellte die „Saale-Zeitung" ab. Verkauft wurden 5 Exemplare vom „Roten Echo".

Delitzsch meldet nachträglich, daß vom 1. bis 15. Mai geworben wurden: 4 „Klassenkampf"- (darunter 3 Betriebsarbeiter) und 5 „Rote Echo"-Leser (darunter 2 Betriebsarbeiter). Die „Delitzscher Zeitung" zählt dabei 2 Vermißte. Im Einzelverkauf konnten 100 „Rote Echo" abgesetzt werden.

An der schwächsten Bezirksposition Erfolge

Hainrode bei Nordhausen: Von einem Parteimitglied wurden 5 „Rote Echo"-Abonnenten geworben.

Wolkramshausen: Bis Mitte Mai von einem Genossen geworben: 8 „Rote Echo"-Abonnenten. Vom 16. bis 29. Mai von 2 Genossen geworben 3 „Rote Echo"-Leser.

Unterbezirk Wittenberg meldet sich

Piesteritz: 7 „Klassenkampf"-, davon 1 Betriebsarbeiter und 5 „Rote Echo"-Abonnenten, darunter 2 Betriebsarbeiter. Acht Mitglieder warben. Abbestellt wurden 3 „Wittenberger Zeitungen" und 2 „Tageblatt".

Pretzsch a. Elbe. Durch zwei Parteigenossen wurden 12 „Rote Echo"-Leser gewonnen. Im Einzelverkauf konnten 38 „Rote Echo"-Exemplare umgesetzt werden.

Bad Schmiedeberg. Hier warben 7 Parteimitglieder 4 „Rote Echo"-Abonnenten.

Jessen. Werberesultat lautet: 4 „Klassenkampf"- und 10 „Rote Echo"-Abonnenten, darunter 3 Betriebsarbeiter. Umgesetzt wurden 15 „Rote Echo"-Einzelexemplare.

Wittenberg: PZO vom U-Bezirk, wo bleibt Resultat von Stadt Wittenberg und den anderen Orten? Bitte konkretere Berichte, nicht allgemein schreiben. Die Red.!

Ein kleiner Erfolg im Unstruttal

Freyburg meldet: 2 „Rote Echo"-Leser geworben. Im Einzelverkauf 20 „Klassenkampf"-Nummern umgesetzt. Wo bleiben die Werberesultate der anderen Ortsgruppen des Unterbezirks außer Naumburg?

Sangerhausen wird wieder mobil

Sangerhausen hat im Monat Mai 13 „Klassenkampf"- (davon 1 Betriebsarbeiter) und 6 „Rote Echo"-Leser (davon 4 Betriebsarbeiter) geworben. Nur 4 Parteimitglieder beteiligten sich an der Werbung. Abbestellt wurden je ein Abonnement der „Sangerhäuser Zeitung" und der „Sangerhäuser Kreiszeitung". Im Einzelverkauf wurden umgesetzt pro Woche 120 „Klassenkampf"- und 10 „Rote Echo"-Exemplare.

Unterbezirk Torgau läßt nicht nach

Torgau. Gesamtbericht seit 1. März bis 15. Mai: 51 „Klassenkampf"- und 42 „Rote Echo"-Abonnenten, davon 8 Betriebsarbeiter. Abbestellt wurden 8 gegnerische Zeitungen.

Nichtewitz: 3 „Klassenkampf"- und 6 „Rote Echo"-Abonnenten, darunter je 2 Betriebsarbeiter. Abbestellt wurden 2 „Torgauer" Zeitungen. Verkauft 80 „Klassenkampf"- und 85 „Rote Echo"- Einzelexemplare.

Schöna warb 7 „Rote Echo"-Leser, darunter 4 Betriebsarbeiter. Nur 2 Genossen beteiligten sich an der Werbung. 1 „Torgauer Kreisblatt" wurde abbestellt.

Biehla: 1 „Klassenkampf"- (1 Betriebsarbeiter) und „10 Rote Echo"-Leser (darunter 6 Betriebsarbeiter) gewonnen, von 6 Parteimitgliedern. Abbestellt wurden 4 „Liebenwerdaer Kreisblätter".

Unterbezirk Bitterfeld berichtet neue Erfolge

Düben: Vom 1. bis 15. Mai 5 „Rote Echo"-Leser geworben. darunter 3 Betriebsarbeiter, abbestellt wurden zwei gegnerische Zeitungen, gleichzeitig 5 „Rote Echo"-Exemplare verkauft. Vom 15. bis 31. Mai: 4 „Rote Echo"-Leser gewonnen, darunter 2 Betriebsarbeiter und 15 „Rote Echo"-Nummern verkauft.

Holzweißig: 10 „Klassenkampf"- und 2 „Rote Echo"-Abonnenten geworben, letztere 2 Betriebsarbeiter. Abbestellt wurden 2 „Neue Leipziger Zeitungen."

Sandersdorf verkaufte 10 „Klassenkampf"- und 80 „Rote Echo"-Exemplare im Einzelverkauf und konnte das Werberesultat vom 29. Mai erhöhen auf 7 „Klassenkampf"- (erst 6) und 8 „Rote Echo"-Abonnenten (erst 6); davon je 3 Betriebsarbeiter. An der Werbung beteiligten sich 8 Parteimitglieder. Vier gegnerische Zeitungen kamen zur Abbestellung.

Wolfen erhöhte 29. Mai-Resultat auf 3 „Klassenkampf"- (erst 2) und 3 „Rote Echo"-Leser (erst 2). Abbestellt wurden 2 „Neue Leipziger Zeitungen". Von den neu geworbenen Lesern sind 4 Betriebsarbeiter.

Die SPD-Hochburg Zeitz wird erobert

Rössuln gewann 11 „Rote Echo"-Abonnenten, darunter 8 Betriebsarbeiter. 2 SPD-„Volksbote" und 1 „Saale-Zeitung" wurden abbestellt. Nur ein Parteigenosse führt die Pressewerbung durch. Was könnte erreicht werden, wenn alle Mitglieder aktiv wären?

Draschwitz hat 3 „Rote Echo"-Leser gewonnen, davon sind 2 Betriebsarbeiter. Erfolge könnten besser sein, wenn in gleicher Weise für „Rotes Echo" und „Klassenkampf" geworben würde wie für den Absatz der Ortszeitung.

Rasberg konnte 2 Genossen, 1 „Klassenkampf"- und 6 „Rote Echo"-Abonnenten gewinnen. Darunter ist 1 Betriebsarbeiter und 1 Leser, der bisher die „Zeitzer Neueste Nachrichten" abonniert hatte.

Crossen holte an einem Tage 4 „Klassenkampf"- (darunter 3 Betriebsarbeiter) und 10 „Rote Echo"-Abonnenten. Abbestellt wurde eine „Zeitzer Neueste Nachrichten". Nur 3 Genossen beteiligten sich an der Werbung, trotzdem dieser gute Erfolg.

Teuchern meldet Endergebnis: 12 „Klassenkampf"- (erst 3) und 14 „Rote Echo"-Abonnenten (erst 10), darunter 6 (erst 2) Betriebsarbeiter. Abbestellt wurden 6 „Neue Leipziger Zeitungen", 6 Teuchener „Wöchentlicher Anzeiger" und 2 „Volksbote"! Einzelverkauf: 18 „Rote Echo".

Zipsendorf meldet: „PZO kümmert sich nicht um Werbung. Drei Genossen warben: 15 „Rote Echo"- und 1 „Klassenkampf"-Abonnenten sowie Parteimitglieder. Von den neuen Lesern sind 10 Betriebsarbeiter. Die Werbung geht weiter!" (Glänzend, Genossen Stoßbrigadier, beschämt die anderen Mitglieder mit euren guten Resultaten, sie spornen die anderen Ortsgruppen zu noch größerer Aktivität an. D. Red.)

Luckenau ergänzt Bericht: Noch 2 „Klassenkampf"-Leser mehr, erst 3 jetzt 5 („Rotes Echo" = 18 Abonnenten). 5 Mitglieder beteiligten sich an der Werbung. Im Einzelverkauf wurden je 10 „Klassenkampf" und „Rotes Echo" umgesetzt.

Droyßig hat geworben 34 „Rote Echo"-Abonnenten, darunter 14 Betriebsarbeiter. Abbestellt wurden 5 SPD-„Volksboten" und 6 „Grüne Post".

Wählitz warb 12 „Rote Echo"-Abonnenten und verkaufte 90 Lotterielose für die Bücherverlosung.

Gröben-Runthal konnte erneut 3 „Rote Echo"-Leser werben.

Rehmsdorf hat 8 „Rote Echo"-Abonnenten geworben.

Der Saalkreis noch immer in Führung

Schkeuditz meldet Endergebnis vom 28. und 29. Mai: 9 „Klassenkampf"- (erst 8, darunter 5 Betriebsarbeiter) und 19 „Rote Echo"-Leser (erst 5, darunter 5 Betriebsarbeiter).

Nemsdorf hat 7 „Rote Echo"-Abonnenten gewonnen. Abbestellt wurden 3 SPD-„Volksblatt".

Canena verkaufte 10 „Rote Echo" Exemplare und warb 1 „Klassenkampf"- und 2 „Rote Echo"-Abonnenten, darunter 2 Betriebsarbeiter. 1 „Hallische Nachrichten" kam zur Abbestellung.

Gutenberg gewann in 3 Stunden mit drei Werbern 6 „Klassenkampf"-Leser — alle 6 Betriebsarbeiter — und 4 „Rote Echo"-Abonnenten, davon 1 Betriebsarbeiter. 2 „Hallische Nachrichten" und 1 „Saale-Zeitung" wurden abbestellt.

Wehlitz meldet 1 „Klassenkampf"- und 2 „Rote Echo"-Abonnenten.

Lösau warb am 29. Mai 5 „Rote Echo"-Abonnenten.

Oppin hat 3 „Rote Echo"-Abonnenten geworben und 24 „Klassenkampf"-Exemplare umgesetzt. Werbung geht weiter.

Alsleben warb 4 „Klassenkampf"- und 8 „Rote Echo"-Abonnenten, davon sind 7 Betriebsarbeiter. Wöchentlich werden 190 „Klassenkampf"-Exemplare durch Kolporteure im Einzelverkauf umgesetzt. 2 „Hallische Nachrichten" gingen über Bord.

Dölau vom 5. bis 7. Juni geworben: 12 „Rote Echo"-Abonnenten, darunter 2 Betriebsarbeiter. 6 „Hallische Nachrichten" sind aus Arbeiterwohnungen geflogen.

Döllnitz gewann 1 „Klassenkampf"- und 7 „Rote Echo"-Leser, darunter 4 Betriebsarbeiter. 1 „Saale-Zeitung" nahm Abschied.

Bruckdorf vom 15. bis 31. Mai. 1 „Klassenkampf"- und 4 „Rote Echo"-Abonnenten", darunter 2 Betriebsarbeiter; vom 1. bis 6. Juni 6 „Rote Echo"-Abonnenten geworben, davon 2 Betriebsarbeiter. 1 Hallisches „Volksblatt" (SPD) wurde abbestellt.

Dieskau warb am 5. Juni 2 „Klassenkampf"- (1 Betriebsarbeiter) und 6 „Rote Echo"-Abonnenten (3 Betriebsarbeiter). Im Einzelverkauf wurden umgesetzt 2 „Klassenkampf"- und 7 „Rote Echo"-Exemplare, sowie 20 Broschüren. Abbestellt wurden 1 „Grüne Post". An der Werbung beteiligten sich 16 Genossen.

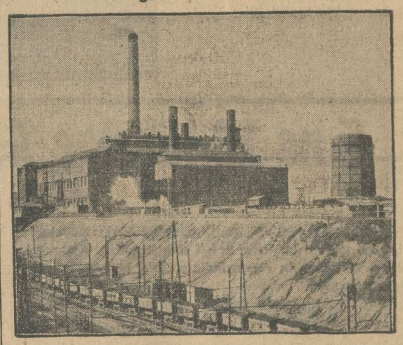
Gröbers konnten drei Genossen in drei Stunden 12 „Rote Echo"-Leser gewinnen. Das Ziel ist auf 30 Abonnenten für „Rotes Echo" und 5 Leser für „Klassenkampf" gesteckt.

Blösien warb mit 5 Genossen 4 „Klassenkampf"- und 2 „Rote Echo"-Abonnenten. Kirchenaustritte erfolgten 9, weitere 15 werden folgen. Verkauft wurden 20 „Rote Echo" und 12 „Klassenkampf"-Exemplare. Gesammelt wurde für die streikenden Bauarbeiter 3,34 Mark und für die Speiseküche der IAH 2,83 Mark.

Brachwitz gewann 7 „Rote Echo"-Leser.

Friedrichschwerz konnte 9 „Rote Echo"-Abonnenten gewinnen.

Das Schwergewicht der Pressewerbung



legt in die Betriebe der Rüstungsindustrie

Leuna-Geiseltal holt jetzt tüchtig auf

Am 1. Juni wurde im „Klassenkampf" der UB Merseburg wegen Passivität bei der Pressewerbekampagne kritisiert. Nunmehr laufen Resultate ein, die erkennen lassen, daß es nur auf die Organisierung der Berichterstattung der Werberesultate ankommt. So melden folgende Ortsgruppen:

Merseburg geworben am 28. und 29. Mai: 4 „Klassenkampf"- und 30 „Rote Echo"-Abonnenten, darunter 4 Betriebsarbeiter. 15 Parteimitglieder beteiligten sich an der Werbung. Für Merseburg ist das kläglich. 2 „Merseburger Korrespondenten" kamen zur Abbestellung.

Frankleben meldet: 3 „Rote Echo"-Leser, 1 Parteimitglied geworben und 8 Broschüren verkauft.

Groß-Kayna schreibt: „In der werkfaschistischen Hochburg ist schwerer Boden. Aber er wird durchgeackert. Geworben wurden 6 „Rote Echo"-Leser, davon sind 3 Betriebsarbeiter. Werbeziel lautet 10 „Klassenkampf"- und 20 „Rote Echo"-Abonnenten."

Lützkendorf warb 9 „Rote Echo"-Leser, darunter 2 Betriebsarbeiter. An der Werbung nahmen 16 Mitglieder teil. 4 „Grüne Post", 1 „Hallische Zeitung" und 1 „Merseburger Nachrichten" wurden von den neugeworbenen Abonnenten abbestellt.

Goddula hat einen „riesigen Erfolg": je ein Abonnent für „Klassenkampf" und „Rotes Echo". Hoffen wir, daß es besser wird, wenn die UB-Leitung nachstößt.

Naundorf gewann ein Genosse 6 „Klassenkampf"-Abonnenten. Davon 1 Betriebsarbeiter und 1 bürgerliche Zeitungsabbestellung.

Schkortleben konnte 1 „Klassenkampf"- und 6 „Rote Echo"-Abonnenten gewinnen, darunter 1 Betriebsarbeiter. Abbestellt wurde 1 „Grüne Post".

Lützen schreibt: „Von 8 Werbern am Sonntag, dem 5. Juni, wurden geworben: 5 „Klassenkampf"- und 17 „Rote Echo"-Leser. Am 12. Juni wird Werbung weiter fortgesetzt."

Mansfelder Kumpels steigern Werbung

Amsdorf: 3 „Rote Echo"-Abonnenten gewonnen, davon 2 Betriebsarbeiter. Verkauft wurden 6 „Klassenkampf"- und 14 „Rote Echo"-Einzelexemplare. (Resultat ist für Amsdorf nicht lobenswert. Die Red.!)

Betriebszelle Bleihütte warb 1 „Klassenkampf"- und 4 „Rote Echo"-Leser, davon sind 4 Betriebsarbeiter. Alle bestellten ab die Mansfelder SPD-„Volkszeitung" und den Nazi-„Kampf".

Alberstedt gewann 6 „Rote Echo"-Leser.

Möllendorf: geworben durch 2 Genossen 1 „Klassenkampf"- und 3 „Rote Echo"-Leser, darunter 1 Betriebsarbeiter. Abbestellt wurden zwei „Sangerhäuser Zeitungen".

Bornstedt konnte 2 „Klassenkampf"- und 7 „Rote Echo-Abonnenten gewinnen, darunter 3 Betriebsarbeiter, 1 „Hallische Nachrichten" und 1 „Eisleber Zeitung" wurden abbestellt. Verkauft wurden 22 „Klassenkampf"- und 5 „Rote Echo"-Exemplare.

Polleben wurde bereits gemeldet, jedoch nicht berichtet, daß alle 5 neuen Abonnenten Betriebsarbeiter sind und 2 „Eisleber Zeitungen", 1 „Saale-Zeitung" und 1 „Hallische Nachrichten" zur Abbestellung kamen. Eine gute Werbearbeit!

Wolferode: Ab 1. bis 30. April 8 „Klassenkampf"- und 30 „Rote Echo"-Abonnenten, davon 2 Betriebsarbeiter. Alle Abonnenten lasen erst gegnerische Zeitungen, insbesondere die „Eisleber Zeitung". Verkauft wurden 60 „Rote Echo"-Exemplare. Ab 1. bis 15. Mai wurden durch 15 Genossen 2 „Klassenkampf"- und 13 „Rote Echo"-Leser geworben, darunter 9 Betriebsarbeiter. 8 lasen erst die „Eisleber Zeitung".

Teutschenthal warb 3 „Rote Echo"-Abonnenten, 4 Partei- und 2 JAH-Mitglieder, 5 Frauen und 9 Kameraden für den Kampfbund gegen den Faschismus. Es wurden verkauft: 30 Broschüren, 10 „Frauenwacht", 25 Propagandamarken und 120 IAH-Solidaritätsplaketten.

Im Kampfe gegen die Presse der Arbeiterfeinde kamen erneut 175 bürgerliche und SPD-Zeitungen zur Abbestellung — Der revolutionäre Wettbewerb zwischen „Uralski Rabotschi" und „Klassenkampf" findet seinen Höhepunkt am 19. Juni in Halle, zur roten Pressekundgebung, verbunden mit Motor- und Radrennen der roten Sportler — Steigert das Tempo der Pressewerbung!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320610-11/fragment/page=0007

Casino-Lichtspiele, Hardenbergstr. 1

Freitag bis Dienstag täglich 8.10 Uhr

Im Westen nichts Neues

Der deutschsprechende Tonfilm erzählt die Geschichte des Buches, ohne eine Szene anders zu bringen

Edison-Theater, Goethestraße 26

Nur Freitag bis Sonntag:

Rothaut (Der Todeskampf einer Rasse)
Ein spannender Indianerfilm in 8 Akten

Volldampf! Charlie!
Ein lustiges Abenteuer in 7 Akten

Sonntag 2 u. 4.10 Jugendvorstellung, Erw. 50 ₰, Kinder 25 ₰

Stadt-Theater

Heute, Freitag 20 bis geg. 22.15 Uhr
Ist das nicht nett von Colette?
Musikal. Lustspiel von M. Bertuch

Sonnabend 20 bis 22.45 Uhr
Der Bettelstudent
Operette von C. Millöcker

Die 38. (letzte) Vorstellung für Freitag-Stammk. findet am **Dienstag, dem 14. Juni** statt

Zahlung der 8. Stammk.-Rate erb.

Jede Hausfrau lobt Weigels **Puddingpulver** das ganze Pfund nur noch **30 ₰**
Weigel Zeitz Wendische Straße 21

Fabelhafte Dauerwellen 5.50 RM
mit Schneiden und Wasserwellen, gleich wieviel Wickel, mit gleicher Garantie als wenn Sie 10—20 RM bezahlen. Nach 8 Uhr 1 Mark mehr
Wasserwellen mit Waschen 1.25 RM
Nur Geiststr. 23
Gutschein über 50 Pf.

Chaiselongues bst. Werkstättenarb.
von RM. 17.50 an
Sofas von RM. 45.- an
Couches (mod. Liegesofas) von RM. 41.- an
Sessel von RM. 18.- an
Bett-Couches von RM. 110.- an
Bett-Chaiselong. von RM. 68.- an
Transport frei!
Auf Wunsch Zahlungserleichter.
Bettenhaus Bruno Paris
Kleine Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9
(3 Minuten v. Markt)

Möbel nur bei **Pense**
Bitterfeld, Hallesche Str. 2
Entgegenkommende Zahlungsweise

Union-Theater Weißenfels
Freitag bis Sonntag:
„Das Ende von Maradu"
Der spannendste Tonfilm des Jahres
Anfang 5, 7 und 9 Uhr
Montags 7 und 9 Uhr

Fleischerei **Wust** Bitterfeld Burgstr. 40
Arbeiter, deckt euren Bedarf an **Mehl** u. **Futtermittel** aus der **Mühle Ebert** Mühlbeck

Roßfleisch-Speisewirtschaft
Zeitz, Baderstr. 4
Täglich ab 10 Uhr
Braten mit Kompott 45 ₰

Fleischerei P. Schulze Greppin Wachtendorfer Str. 37

Reserviert Nr. 7 für M.

Reserviert, Bitterfeld

Zarter Kaßler nur **78 ₰**
Allerfeinste zarte **Schweineschnitzel** . . **88 ₰**
Vorderschinken ohne Knochen **64 ₰**
Frisches Gulaschfleisch . **52 ₰**
Prima Knoblauchwurst 1 Pfund nur **60 ₰**
Große Riesenwürstchen . . **10 ₰**
Allerfeinste Schweineleber **64 ₰**
Allerf. Schweinenieren . . **58 ₰**
Schweinefleisch ohne Knochen **48 ₰**
A. Knäusel Butter, Wurst Fleischwaren

Feinstes **Erfrischungs-Eis** Erich Banz Bitterfeld
Speise-Eis-Herstellung und Vertrieb

Besohlanstalt u. Lederhandlung
Die Werkstätte des schaffenden Volkes
Paul Marhold Delitzsch Marienstr. 3a

Kohlen, Holz, Kartoffeln, Briko, Grude
Paul Adler, Halle Gerberstraße 3

Rind- und Schweineschlächterei Paul Baumbach Bitterfeld Dessauer Straße 24

Möbel gebr. u. neue **Staunend billig!**
Speisez. neu 265 M. Schlafz. neu 260 M. Küchen . . v. 45.-an Betten . . v. 10.-an Chaisel. . v. 23.-an Sofas . . v. 18.-an Komoden v. 15.-an Vertikos v. 25.-an Schränke v. 20.-an Stühle . . v. 2.-an Spiegel . . v. 3.-an Federbett. v. 18.-an Bufett . . v. 125.-an 2 Nähmaschinen Gartenmöbel sowie alle anderen Möbel in großer Auswahl
Bitzmann Mauerstr. 3 am Franckeplatz

Farben-Tapeten Wachstuche billig und gut bei **H. Pawlowski** Delitzsch, Hallesche Str. 10.

Lumpen Zeitungen Knochen kauft **A. Bode** Große Klausstraße 22

Morgen zum Wochenmarkt in Zeitz **die ersten neuen Fettbücklinge**
J. Günther Rasberg

Bettfedern-Reinigung
täglich im Betrieb. Die Federn werden gedämpft, entstäubt und aufgelockert. Abholung und Zustellung der Betten d. Auto kostenlos.
Kress & Co. Halle a/S. Pfännerhöhe 4

Fahrräder Marke mit Garantie **48.-** Zubehör — Reparaturen Schallplatten von 1.— an
Max Schneider, Merseburg Mitglied des Rabattsparvereins nur Schmale Str. 19

. . . . . und wenn's Geld knapp ist dann Fußwohl Nothilfe — die beste **billigste Schuhbesohlung**
Damensohlen M 1.45 Herrensohlen M 1.75
Fußwohl Kirchnerstraße 18a Geiststraße 23
Nordhausen Kranichstraße 26 Neustadtstraße 12

Kleiderschränke von 43.— M. an. 130 cm breit, mit Wäschefach 77.— M. 130 cm breit, mit Steiffiger Ansicht u. Wäschefach 94.— M. 130 cm breit, mit Wäschefach u. Spiegel 115.— M.
Waschkommoden mit Spiegel von 78.— M. an.
Nachtschränke von 14.— M. an.
Bettenhaus Bruno Paris Kleine Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9 3 Min vom Markt
Transport frei.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Nur beim Inserenten kaufen!
Bei allen Einkäufen beruft euch auf den
Klassenkampf

die große WERBUNG

Unser Juni-Extra-Verkauf wirbt mit diesen kleinen Preisen:

Damen-Zefirkleider einfarbig oder gestreift . . . . 1.50 **85 ₰**
Sport-Kleider für Damen, in weiß und Pastellfarben . **1.85**
Cottlé 80 cm breit, elegante Pastellfarben, bedruckt . . . . Mtr. **94 ₰**
Kunstseide ca. 90 cm br., weiß, schwarz und alle Modetöne Mtr. **1.08**

Reinleinene Wischtücher ca. 55×55 cm groß . . Stück **33 ₰**
Küchen-Handtücher grau-weiß gemustert, ca. 45×100 cm groß . . . . . Stück **38 ₰**
Mohlsaum-Bettücher pa. Dowlas, ca. 140×220 cm groß . . . . . Stück **2.18**
Bettbezug mit Kissen aus gutem Nessel, fertig genäht . zus. **2.75**
Frottier-Handtücher extra groß, 55×110 cm, hervorrag., weiß-bunte Jacquardqual., Stück **86 ₰**
Bade-Tücher ca. 100×100 cm groß, mit bunten Indanthren-Karos . . . Stück **98 ₰**
Schwedenstreifen in bes. geschmackvoll. Farbsort., 120 cm br., Mtr. 74 ₰, ca. 70 cm br., Mtr. **48 ₰**
Gardinen-Mull ca. 120 cm br., gut waschbare Tupfen- od. Streifenmuster . . Mtr. 94 ₰ **68 ₰**

Strumpfhaltergürtel aus rosa Drell, mit 4 auswechselbar. Strumpfhaltern . . . Stück **42 ₰**
Corselett aus rosa Fischgrat-Drell, seitlich geknöpft, mit Strumpfhaltern Stck. **1.38**
Kinder-Schlüpfer viele Farben, jede Größe 6 Pfg. Steigerung, Größe 30 . . Stück **18 ₰**
Damen-Schlüpfer in Farben reich sortiert, jede Gr 8 Pfg. Steigerung, Größe 42 . . Stück **38 ₰**
Damen-Taghemden ganz. Streublumen-Wäschestoff . Stück **88 ₰**
Damen-Hemdhosen entzückender Streublumen-Druck Stück **1.18**
Gummischürzen ein sensationeller Extratisch . . . . . Stück 95 ₰ 75 ₰ 45 ₰ **38 ₰**
Damenschürzen blau, Indanthren mit Buntdruck-Verarbeit. u. aufges. Tasche Stück **75 ₰**

Kinder-Söckchen mit buntem Wollrändchen, j. Gr. 3 ₰ Steigerung . . . Größe 1 Paar **18 ₰**
Damen-Strümpfe Waschkunstseide plattiert, in mod. Farb., m. Doppels. u. Hochf. Paar **78 ₰**
Herren-Kragen halbsteif od. teils 4fach Macco, alle gangbar. Weiten . . durchweg Stück **29 ₰**
Ober-Hemden Hervorrag. waschb. Zefir-Qualität Stück **1.78**
Netz-Jacken m. extra verstärkter Schulter u. dreigekn. Vorderschluß . . . . . Stück 1.05 95 ₰ **85 ₰**
Herren-Makko-Unterhosen gar. echt ägypt. Stck. 1.30, 1.15 **1.00**
Damen-Schürzen fertig verarbeitet, m. 2 aufgesetzten Taschen, extra weite Form, hübsche Nessel-Vorzeichnung . . Stück **85 ₰**
Handarbeits-Nessel-Kleider mit Falten- oder anger. Rock, Gr. 42 b. 46 durchweg Stück **1.68**

Joske Weißenfels

Eine schöne farbenfreud. **Küche** ist der Stolz der Hausfrau. In großer Auswahl finden Sie diese zu **375.- 225.- 165.- 110.- 85.- 72.-** RM.
Bitte sehen Sie sich unsere schön. Küchen unverbindl. an
Gebr. Jungblut Albrechtstr. 37

Auf Kredit
Kinderwagen
Klappwagen
Sportwagen
Wochenrate von 1 M. an
Klingler Leipziger Str. 11 Eing. Sandberg

Zur Erledigung dringender Arbeiten am Kabelnetz werden am Sonntag, dem 12. Juni, während der Zeit von 8—13 Uhr nachstehende Straßenzüge abgeschaltet:
Julius-Kühn-Str., Thaerstr., Thaerplatz, Conradstr., Volhardstraße, Liebigstr., Hordorfer Str.
Während dieser Zeit ist das Einschalten von Motoren, Licht- und Heizanlagen zu unterlassen.
Halle, den 10. 6. 1932.
Werke der Stadt Halle Aktiengesellschaft Elektrizitätswerk.

Beste Ware Wenig Geld
F.H.K. Lebensmittel
Molkerei-Grasbutter Pfund **118 ₰**
Speckiger Limburger Pfund **32 ₰**
Reines Schweineschmalz Pfund **34 ₰**
F H K
BUTTER KRAUSE

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320610-11/fragment/page=0008

AUS DEM BEZIRK

Elendsbriefe aus der Sowjet-Union!!!

A.-K. Zeitz. Für oder gegen, das ist die gebieterische Stellung, die die Sowjetunion herausfordernd an alle richtet. Der Sozialismus auf einem Sechstel der Erde verwirklicht, ruft alle Befürworter und Bestschwestern des untergehenden Systems auf den Plan. Die Leutchen aus der Redaktion des „Volksboten" sind krampfhaft bemüht, Elendsbriefe aus der Sowjetunion zu konstruieren. Hungersnot, Mord, Menschenfresserei ist das gelindeste, was dem Hirn der Volksredakteure entspringt. Sie sehen, der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, unterminiert zugleich den Boden, auf den die Lakaien des Kapitalismus dahinvegetieren.

Auch die Leutchen vom Nazi-Organ „Der Kampf" sind in letzter Zeit verstärkt bemüht, ihre Anhänger, vor allem die Proleten, in die Antisowjetfront einzugliedern. Die letzte Nummer dieses Krampf-Organs ist ebenfalls ausgefüllt mit „Elendsbriefen" aus der Sowjetunion. Die Anmerkung der Redaktion, die diese Briefe in der Hand haben will, ist erlogen. Einem Arbeiter, der in der Zeitzer Geschäftsstelle vorsprach, um diese Briefe einzusehen, wurde erklärt: „Die Briefe seien zur Kontrolle in München!"

Am Freitag, dem 10. Juni, 20 Uhr, führt die KPD Zeitz im Schützenhaus eine öffentliche Versammlung durch. Heinz Schmidt, Halle spricht über das Thema:

Massenkampf gegen das Diktatur-Kabinett.

Es sprechen außerdem: **Werner Griesbach-Rasberg,** der als deutscher Arbeiter 6 Monate in der Sowjetunion gearbeitet hat und jetzt in Deutschland auf Urlaub ist.

Die Redakteure des „Volksboten" sowie Herr Schulenburg von der NSDAP werden hierdurch aufgefordert für ihre Schreibereien über die Sowjetunion in der Versammlung den Beweis zu erbringen.

Zeitz. Welche Zeitung muß der Arbeiter lesen? Am Sonnabend, 20 Uhr, findet in der „Herberge" für die Leser des „Klassenkampf" und „Rotes Echo" der Scharren-, Rothe-, Ritter- und Rahnestraße eine Leserversammlung statt, zu der Parteimitglieder eingeladen sind. Leser anderer Zeitzer Zeitungen sind unbedingt mitzubringen, besonders „Volksboten"-Leser.

Merseburg-Querfurt

Verkehrsunfall wegen schlechtem Fahrweg

(Arbeiterkorrespondenz aus Merseburg)

Am 8. Juni nachmittags ereignete sich in der Leipziger Straße in Neumeuschau, dort, wo die Pendelbahn quer über die Straße geht und zugleich der Radfahrweg beginnt, ein Unfall. Ein von Richtung Leipzig kommendes Auto fuhr eine Radfahrerin an, die im Begriff war, die Straße zu überqueren, um auf den Radfahrweg zu kommen. Die Frau wurde erheblich verletzt und in das Krankenhaus gebracht.

Das ist der dritte Unfall, der an dieser Stelle passiert. Es wäre hier Pflicht der Behörde, Abhilfe zu schaffen. Der Radfahrweg muß mindestens bis zum Gasthaus „Sächsischer Hof" durchgeführt werden, damit derartige Unfälle nicht wieder vorkommen können. Motorrad- und Autofahrer müßten angehalten werden, an dieser Stelle nicht über 25 Kilometer zu fahren.

Als Zeuge dieses Unfalles und nach Feststellung meiner Personalien kam der Landjäger zu mir und erklärte, daß ich kein Recht hätte, über die Fahrgeschwindigkeit zu sprechen, es wäre Sache der Richter, das zu beurteilen. Der Fahrer war ein Stahlhelmer.

Letzte Kurzmeldungen

Zeitz. Autobrand auf der Landstraße. Auf der Fahrt von der Schneidemühle nach Breitenbach geriet auf noch ungeklärte Weise der Kraftwagen des Chauffeurs Otto Ullmann aus Breitenbach in Brand. Ullmann und sein mitfahrender Bruder konnten sich mit Mühe retten. Der Wagen mußte vollkommen verbrannt abgeschleppt werden.

Delitzsch. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Mittwoch vormittag auf dem Gelände des Leipziger Hauptbahnhofes. Ein 33 Jahre alter Bahnarbeiter von Delitzsch wurde von einer Lokomotive erfaßt und beiseite geschleudert. Er kam zwischen den Schienen eines Nachbargleises zu liegen, das im gleichen Augenblick von einem Zuge befahren wurde. Mit schweren Kopf- und Rückenverletzungen wurde der Bedauernswerte dem Krankenhaus zugeführt.

Naumburg. Schwere Gefängnisstrafe für einen Sittlichkeitsverbrecher. Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an zwei Schulknaben, war der bereits wegen Bettelns und Landstreichens 23mal vorbestrafte Fabrikarbeiter Wilhelm Kolbe aus Gehofen vom Weißenfelser Schöffengericht zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt, die jetzt von der Großen Strafkammer in Naumburg verworfen wurde.

Beuna (Kr. Merseburg). Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich auf den Beunaer Kohlenwerken. Ein Aschefahrer wurde von einer Stichflamme erfaßt und so schwer am Rücken und Kopf verletzt, daß er einem Hallischen Krankenhaus zugeführt werden mußte. Sein Zustand ist äußerst ernst.

Bad Liebenwerda. Erfolglose Berufung eines Sparkassenrendanten. Als am 8. Februar d. J. die Städtische Sparkasse in Bad Liebenwerda plötzlich revidiert wurde, entdeckte man einen Fehlbetrag von 650 Mark. Der Kassenrendant Janotte hatte das Geld unterschlagen und die Sache dadurch zu verschleiern versucht, daß er Zweipfennigstücke in Rollenpapier für Markstücke einwickelte. Am 17. März war J. wegen Amtsunterschlagung vom Amtsgericht zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Diese Strafe wurde jetzt von der Torgauer Großen Strafkammer bestätigt.

SPD und Bürgerliche schlucken alles

Aus den Etatsberatungen im Querfurter Stadtparlament — Bürgersteuer soll auf 300 Prozent erhöht werden

(Arbeiterkorrespondenz aus Querfurt)

Nach langer Zeit tagte wieder einmal eine Stadtverordnetenversammlung. Es ist kaum zu glauben, mit welcher Schnelligkeit die Stadtväter die Tagesordnung erledigen konnten. Um 18 Uhr wurde begonnen und trotz einer von den Bürgerlichen beantragten Pause von fünf Minuten war um 19.15 Uhr die ganze öffentliche Sitzung erledigt, mit Haushaltsetat und allen öffentlichen Angelegenheiten. Nur von der Pensionierung des Stadtsekretärs hörte man nichts, trotzdem in der Stadt so viel gemunkelt wird, was unbedingt öffentlich geklärt zu werden verdiente. Jeder Bürger möchte doch gerne wissen, wer den Herren hierher gebracht, bzw. angestellt hat und was ihn so schnell krank bzw. dienstunfähig machte. Vielleicht hätte auch er eine Kur oder Badereise auf Kosten des Fonds für unschuldig in Not geratene Beamte erhalten müssen, aus denen ja auch schon andere Herren ganz erhebliche Beträge erhalten haben sollen.

Zu einer Ueberraschung kam es während der Beratungen, als die Bürgerlichen, um sich bei ihren Wählern in ein helleres Licht zu setzen, ein wenig Opposition mimten und ihr Redner, der Stadtverordnete Kämpfer, den Etat ablehnte. Kein Wunder, daß der Herr Bürgermeister, der über das Komödienspiel seiner lieben Kinder anscheinend nicht im Bilde war, in Schweiß geriet, da er die Redewendungen für bare Münze nahm. Herr Kämpfer ließ ihn aber nicht lange in der Angst. Er erklärte schon am Schluß, daß er und seine Fraktion doch noch dem Etat zustimmen würde, wenn er während der Sitzung eines Besseren belehrt würde. Deshalb die Pause. Die gesamte Rechte einschließlich Vorsteher und Magistrat zogen sich zur Beratung zurück, begleitet von den Zurufen: „Jetzt fallen sie um." Und richtig, nach fünf Minuten kamen sie dann wieder mit vergnügten Gesichtern hereinspaziert.

Bei der Abstimmung zum Etat wurden dann auch acht Stimmen gegen, acht Stimmen der Rechten für den Etat abgegeben.

Herr Kämpfer enthielt sich der Stimme, da er es sich leisten konnte. Nämlich ausgerechnet an diesem Tage war das Mitglied der SPD, Herr Hermann Behren, nach auswärts „beurlaubt" oder „dienstlich" versandt. Der Vorsteher gab dann mit seiner Stimme den Ausschlag. Der Etat war unter Dach und Fach gebracht.

Da alle kommunistischen Abänderungsvorschläge schon im Finanzausschuß abgelehnt waren, erübrigte sich eigentlich ein weiteres Eingehen auf die Tagesordnung. Einiges aber soll noch kurz gestreift werden.

Der Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1932 weist ein Defizit von 16 900 Mark auf.

Der Magistrat will dieses Defizit ohne weitere Steuererhöhung auszugleichen versuchen. Der Stadtverordnetenvorsteher Ihle bemerkt, daß die Stadt Querfurt zu den Städten mit dem geringsten Defizit gehöre. Er warnte die Versammlung, den Etat abzulehnen, da dies mit der Aufgabe der Selbstverwaltung und der Einsetzung eines Staatskommissars verbunden wäre.

Aus dem Voranschlag des Magistrats geht hervor, daß bei der Aufstellung die Ausgaben auf das höchste eingeschränkt sind. Alle in Frage kommenden Stellen hätten dem Etat auch zugestimmt, aber mit dem Bemerken,

daß die Bürgersteuer von 200 auf 300 Prozent erhöht werden müßte.

An Grundvermögensteuer sollen 240 Prozent, Gewerbeertragssteuer 425 Prozent, Gewerbekapitalsteuer 900 Prozent erhoben werden.

In der Aussprache erhält zunächst der bürgerliche Abgeordnete Kämpfer das Wort. Er weist hin auf die 6 bis 7 Millionen Erwerbslose und erklärt, er hätte immer geglaubt, die Wirtschaftskrise sei nur vorübergehender Natur, er müsse jetzt aber feststellen, daß die Lage sich zur Dauerkrise entwickelt hätte. Die Steuern seien unverändert hoch. Es würde nicht gefragt, wo der Steuerzahler das Geld hernehmen soll. Kein Betrieb arbeite mit Verdienst, also müßten die Steuern von der Substanz gezahlt werden und die gehe überall zu Ende. Deshalb könne er dem Etat nicht zustimmen!

Der Stadtverordnete Ropens fordert, daß der Regierung endlich gezeigt werden müsse, bis hierher und nicht weiter. Er ersucht die Versammlung, den Etat einmütig abzulehnen, da sich die Untragbarkeit in kurzer Zeit zeigen würde.

Stadtverordnetenvorsteher Ihle behauptet, daß die Ablehnung des Etats das größte Chaos herbeiführen würde. Es wäre jetzt zu spät, schon vor sechs oder sieben Jahren hätte gegen die Politik Front gemacht werden müssen. Eine sehr späte Einsicht. Herr Ihle hat nur vergessen,

daß alle in dieser Hinsicht von den Kommunisten gestellten Anträge von den bürgerlichen Vertretern zum Schaden der Werktätigen und zum Vorteil der Ausbeuter niedergestimmt wurden.

Der Bürgermeister Heinicke erklärt, daß er die Ablehnung des Etats von den Vertretern der linken Seite wohl erwartet hätte, daß er aber nicht begreifen kann, daß auch die Rechte in Opposition gehe. Darauf tritt dann die denkwürdige Fünfminutenpause ein. Nach dieser erhält der Stadtverordnete Eichler das Schlußwort und erklärt, daß die Bürgerlichen natürlich nicht die Absicht gehabt hätten, Katastrophenpolitik zu treiben. Darauf kommt es dann zu der bereits erwähnten Abstimmung über den Etat.

Unter Punkt 3 „Verkauf von Baustellen an Stadtrandsiedler" wird festgelegt, daß pro Baustelle 600 Mark als Hypothek mit 3 Prozent Verzinsung und 2 Prozent Amortisation gegeben werden sollen. Gleichzeitig aber soll vier Wochen Zahlungsrückstand Kündigung mit sofortiger Wirkung zur Folge haben. Hier handelt es sich eben um die Aermsten der Armen. Es sind ja keine Großgrundbesitzer, die Stundung und Steuererlaß und sogar Subventionen in Hülle und Fülle bekommen. (Wie kann denn so etwas einstimmig angenommen werden?)

Unter „Verschiedenes" wird über die Herabsetzung der Preise für die Dauerbadekarten von Kindern ausgesteuerter Erwerbsloser beschlossen. Der Bürgermeister meint dazu, daß ja im übrigen den Erwerbslosen und ihren Familien genügend Zeit zum Baden gegeben sei. Die festgelegten Zeiten lassen diesen Schluß nicht zu. Im Gegenteil werden die Erwerbslosen vom Baden ferngehalten. Genau wie es in Querfurt Mode ist, die Spiel- und Rasenplätze abzuschaffen, so wird auch jetzt wieder dem größten Teil der Kinder die Benutzung des Planschbeckens und der Rasenflächen unmöglich gemacht.

So hat auch diese Sitzung erneut gezeigt, daß die Stadtverordneten sehr wenig zu sagen haben. Immer neue Not wird verordnet, und wenn das nicht paßt, dann kommt der Herr Staatskommissar als letztes Kraftmittel. Mit den Parlamenten soll dem Volk nur noch ein wenig Mitbestimmungsrecht vorgetäuscht werden. Alle Werktätigen, die Gewerbetreibenden und Kleinhändler sollten jetzt endlich erkennen, wo ihre Feinde sitzen. Es gibt für euch nur eine Partei, die Partei des Proletariats, die Kommunistische Partei, die eure Interessen vertritt. Es gilt, den Kampf Klasse gegen Klasse viel schärfer zu organisieren. Alle Werktätigen gehören in die revolutionäre Kampffront.

SPD-Kampf um Lagerhalterposten

A.-K. Roitzsch. Infolge Erkrankung des jetzigen Lagerhalters im Konsumverein wurde die Stelle neu ausgeschrieben. Dieser Posten muß ziemlich gut bezahlt werden, das bewies der Eingang der vielen Bewerbungsschreiben. Vorstand und Aufsichtsrat hatten beschlossen, daß nur solche Bewerber in Frage kommen, die 5 Jahre Mitglied eines Konsumvereins sind, sowie kaufmännisch vorgebildet sein müssen. Entweder rechnete man auf die Dummheit des gesamten Verwaltungsapparates oder der Geschäftsführer weis selber nicht, was er mit beschlossen hat.

Die Vetterwirtschaft ist nun einmal mode bei der SPD, denn warum ist man denn eigentlich Mitglied in der SPD.

Deshalb haben auch 3 Roitzscher SPD-Männer sich um den gutbezahlten Posten beworben. Der Herr Geschäftsführer selber, das Aufsichtsratsmitglied Wilh. Schiebel und der Herr Bergarbeiter-Verbandskassierer Piglowski. Alle den Roitzscher Einwohnern gut bekannt. Alle haben eine gute Vorbildung, aber fragt nicht nach was für eine. Der kleine Picko erzählte noch am Sonnabend, daß die KPD-Bonzen einen Gehalt von 7000—8000 Mark hätten. Wenn er es nun im Konsumverein nicht erreichen kann, vielleicht kehrt er um und kommt zur KPD und folgt dem Beispiel des roten Bürgermeisters, Genossen Schlag. Vielleicht ist in einem halben Jahr auch der Konsumverein verschwunden. Seine Genossen hatten ihm wohl den Anmeldetermin verkehrt angegeben, oder vielleicht wollten sie ihn auch gar nicht sehen.

Den Hauptschlag glaubte der Geschäftführer selbst zu führen. Er zog seinen Antrag in der Sitzung aber zurück, weil seine eigenen Genossen eine böse Miene aufsetzten. Er selber beschließt mit, daß nur solche Bewerber in Frage kommen, die kaufmännisch gebildet sind, aber Geld stinkt nicht! Vielleicht bildet die Firma Martin in Bitterfeld in letzter Zeit welche aus, wir wissen es bis jetzt noch nicht.

Der kleine Kommunistenfresser W. Schiebel erhielt sogar in der engeren Wahl Stimmen. Auch er ist kaufmännisch „vorgebildet", auf der Grube Theodor.

Also wieder ist der Beweis erbracht vom genossenschaftlichen Aufbau. Der Umsatz sinkt nicht nur, weil die Kaufkraft der Mitglieder sinkt, sondern auch deshalb, weil fast alle Waren teurer sind als beim kleinen Kaufmann. Vielleicht darf bei den Prozenten des Vorstandes nicht abgebaut werden.

Die Mitglieder des Konsumvereins haben allen Anlaß, der von ihnen gewählten Führung nicht nur auf den Mund, sondern auch auf die Pfoten zu sehen. Die Kommunisten haben oft darauf hingewiesen, daß mit der bisherigen Politik Schluß gemacht werden muß, aber die Kommunistenfresser haben es bisher noch immer verstanden, sich aus der Schlinge zu ziehen. Manche der Bewerber konnten nicht oft genug beteuern, daß sie Mitglied der SPD sind, gilt es doch einen Posten zu sichern. Vielleicht wählt man am Sonnabend den Bewerber aus Halle, der im roten Arbeiter-Konsum abgehaut wurde, in der Erwartung, auf diese Weise die Kommunisten noch besser bearbeiten zu können. Die Sozialdemokraten sollen sich aber nicht wundern, wenn es auch anders kommt. Die Mitgliedschaft hat von der Postenjägerei der SPD schon längst die Nase voll.

Beratungsstelle der „Arso" in Nordhausen

Die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen (ARSO) hat jetzt auch in Nordhausen eine Beratungsstelle eingerichtet, die allen Klassengenossen kostenlos zur Verfügung steht und in der Auskunft und Rat in allen Wohlfahrts-, Unterstützungs-, Rechts- und Rentenangelegenheiten erteilt wird. Damit verbunden ist eine Jugend- und Erziehungsberatungsstelle.

Die Stelle ist jeden Mittwoch abend 7—10 Uhr im „Haus der Jugend", Schützenstraße, geöffnet. Etwaige Zuschriften sind nur zu adressieren: Postschließfach 106, Nordhausen.

Illustriertes Rotes Echo 15 Pf.
Wochenzeitung der Werktätigen Mitteldeutschlands
Erscheint heute, Freitag, neu!
Aus dem Inhalt:
„Lutherstadt" Eisleben
Unterredung mit Stalin
Der Reichswehrsäbel rasselt
Arbeiterhände bezwingen Eisen
Reich illustriert! Arbeitersport!
Großes Rundfunkprogramm!
Organisiert Massenvertrieb in Betrieb und Arbeiterwohnung

Mobilisiert die Betriebe und Stempelstellen zum Solidaritätstag am 12. Juni

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320610-11/fragment/page=0009

SA demoliert Gewerkschaftshaus

Italienische „Strafexpedition" in Frankfurt a. O. — Reichsbannerarbeiter für sofortige Einheitsfront

(Eig. Ber.) **Frankfurt** (Oder), 8. Juni.

Am Dienstag und Mittwoch ist es zu großen faschistischen Terroraktionen gegen die Arbeiterviertel und gegen die Einrichtungen der Arbeiterschaft in Frankfurt (Oder) gekommen. Am Dienstag verübten die Nazis Ueberfälle auf Arbeiter und kleine Geschäftsleute. Sie stürmten ein Kino, in dem der Film „Im Westen nichts Neues" gespielt wurde.

Mittwoch nacht zogen die SA-Banden durch die Stadt und demolierten die Fenster des Gewerkschaftshauses und der „Volksfreund"-Buchhandlung. Sie zertrümmerten mit gefüllten Selterflaschen die Schaufenster sämtlicher Konsumläden. Drei Nazistürme zogen durch die Straßen der Arbeiterviertel, teils zu Fuß, teils auf Motorrädern, und brüllten: „Fenster zu! Straße frei! Es wird geschossen!" Von den Motorrädern herunter wurden zahlreiche Revolverschüsse abgegeben. In der Nähe des Gewerkschaftshauses kam es zu Zusammenstößen mit Arbeitern und Reichsbannermitgliedern.

Der Arbeiterschaft Frankfurts hat sich eine ungeheure Empörung bemächtigt. Heute früh fand in dem Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung des Reichsbanners statt, in der die Reichsbannerarbeiter sofort eine gemeinsame Aktion mit den kommunistischen und allen anderen Arbeitern gegen den faschistischen Terror forderten. Ein in der Versammlung anwesender Vertreter der Kommunistischen Partei, der zur Schaffung der roten Einheitsfront aufrief, erhielt starken Beifall.

Der Reichsbannerführer wandte sich offen gegen eine gemeinsame Aktion und erklärte gegenüber den Reichsbannerarbeitern: „Wem es nicht paßt, der soll gehen!"

Aber in einer am Nachmittag stattgefundenen Mitgliederversammlung der KPD erschien eine Anzahl Reichsbannerkameraden.

Die Frankfurter Ereignisse ein Signal

Was sich in Frankfurt a. d. Oder ereignete, soll in den nächsten Tagen in allen Arbeitervierteln geschehen: Die Regierung der Nazibarone, Junker und Trustherren wird das Scheinverbot der SA aufheben. Die entkoppelte faschistische Meute soll in neuen, reichswehrähnlichen Uniformen auf die Arbeiter losgelassen werden.

Die Haltung der Frankfurter Reichsbanner- und SPD-Führer ist eine Schande. Sie ist ein Hilfsdienst für die Faschisten.

Die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter, die die einheitliche Kraft der Arbeiter den Faschisten zu spüren geben wollen, werden diese Sabotage der gemeinsamen Aktion nicht dulden.

Reichsinnenminister von Gayl bekennt sich offen zur Monarchie

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 10. Juni.**

Der neue Reichsinnenminister von Gayl hielt gestern eine programmatische Rede, die nicht den leisesten Zweifel über die monarchistische und reaktionäre Gesinnung der Papen-Regierung mehr aufkommen läßt. Dieser Minister erklärte wörtlich:

„Ich würde mir erbärmlich vorkommen, wenn ich als Minister versuchen würde, meine persönliche Ueberzeugung zu verleugnen, daß ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk inmitten des Herzens von Europa halte und daß ich mir der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bewußt bin."

Wenn auch diesem offenen monarchistischen Geständnis die Erklärung folgte, daß es zur Zeit wichtigeres gäbe als die Streitfrage Monarchie oder Republik, so weiß jeder Arbeiter doch, daß die heutigen Regierungsmänner mit dieser Einstellung, wie sie Gayl äußerte, auf die Wiederaufrichtung der 1918 von Arbeiterfäusten gestürzten Monarchie hinarbeiten.

Die übrigen Ankündigungen des monarchistischen Reichsinnenministers befaßten sich mit der bevorstehenden Aufhebung des SA-Verbotes, mit der Freigabe des Rundfunks für Hitler usw. Die Ankündigung, daß der Innenminister während der Reichstagswahl „die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln schützen wird", wird von der revolutionären Arbeiterschaft als Kampfansage gebührend und richtig gewertet.

Wegen „Zersetzung" der Schupo verurteilt

(Eig. Bericht.) **Leipzig**, 10. Juni.

Gestern wurden vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts die Merseburger Arbeiter Otto Liesicki und Paul Sommerweiß aus Merseburg wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verteilen nichtgenehmigter Flugblätter zu 1 Jahr 4 Monaten und 1 Jahr 2 Monaten Festung verurteilt. Die seit über 10 Monaten dauernde Untersuchungshaft wird angerechnet. **Beide Verurteilte sollen durch Abwerfen von Flugblättern in die Schupokaserne in Merseburg diese Tat begangen** haben. Wieder ein ungeheuerliches Terrorurteil gegen revolutionäre Arbeiter. Verstärkt die Amnestieforderung für unsere proletarischen politischen Gefangenen.

Die von uns in ihrem Inhalt bereits mitgeteilte neue preußische Notverordnung ist gestern erlassen worden.

Die Auslegung der Stimmlisten für die Reichstagswahl wird vom 10. bis 17. Juli stattfinden.

Antikommunistische Lügen

Das Zentralkomitee der KPD teilt mit:

Im „Berliner Tageblatt" vom 8. Juni und anderen bürgerlichen Zeitungen wird eine Meldung unter der Ueberschrift „Gerüchte über Aktionspläne der KPD" wiedergegeben. Nach dieser Meldung wird das Gerücht verbreitet, daß die Kommunistische Partei „Hungermärsche und Geschäftsplünderungen von Arbeitslosen organisiere". Das Zentralkomitee der KPD erklärt dazu, daß alle derartigen Gerüchte zu den üblichen Verleumdungen gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung gehören. Mit derartigen Schwindelnachrichten soll die Stimmung für Repressalien gegenüber der KPD vorbereitet werden.

Die Kommunistische Partei hat es nicht nötig, irgendwelche geheimnisvollen „Aktionen" zu organisieren. Sie setzt alle ihre Kräfte in voller Oeffentlichkeit dafür ein, entsprechend dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 25. Mai und dem Wahlaufruf der Partei vom 5. Juni, die Massen des Proletariats und der Werktätigen im Zeichen der Antifaschistischen Aktion zur roten Einheitsfront zusammenzuschweißen. Das Ziel der Antifaschistischen Aktion ist die Organisierung des Massenkampfes der Betriebsarbeiter, Erwerbslosen und Werktätigen aller Schichten **gegen die geplanten faschistischen Maßnahmen der Regierung, der Einsatz der Massen gegen jeden Versuch des Hitlerfaschismus, zur Macht zu gelangen, und die entschlossene Abwehr des faschistischen Mordterrors.**

Alle unsinnigen Gerüchte über „Geschäftsplünderungen der KPD" usw. sind dazu bestimmt, im Interesse des Faschismus den antifaschistischen Kampf der KPD zu beeinträchtigen.

Arbeiter-Sport

Großes Vorrundenspiel um die Fußball-Reichsmeisterschaft in Bitterfeld (03-Platz) am Sonnabend, dem 11. Juni 18.30 Uhr

Fortuna-Greppin gegen ASV-Schmölln
(Landesfußballmeister Mitteldeutschland) (Landesfußballmeister Thüringen)

Jn Halle Städtespiel gegen Bitterfeld

morgen Sonnabend, 18.30 Uhr, Sportplatz Brandberge

Nunmehr stehen die Mannschaften zum Spiel am Sonnabend fest. B. ist ein nicht leicht zu nehmender Gegner. Im letzten Spiel konnte Halle erst im Endspurt glücklich 5:3 nach großem Spiel beider Stürmerreihen gewinnen, vorher stand das Spiel lange 3:3. Wird sich diesmal Halle auch so durchsetzen können? Dann müssen sie dasselbe sauber durchdachte Kombinationsspiel zeigen, denn Bitterfeld wird ebenfalls Lehren gezogen haben. Jedenfalls wird großer Sport geboten.

Aufstellungen

Halle

Hofmann (Sportluft)
Ballschuh und Kahl (Minerva)
Nowak (Diemitz) Junghahn (Minerva) Hausik (Minerva)
Kobilka (Askania) W. Reuter (Fortuna) Hoffmann (Bieskau) Lange (ASC) Schettig (ASC)

Bitterfeld

Große (Niemegk)
Klepatz, Kupe (beide Sandersdorf)
Quade (Holzweißig) Thiele (Niemegk) Matuschek (Sandersdorf)
Lomannschweski (Holzweißig) Stiller (Niemegk) Opel (Brehna) Pusiak (beide Sandersdorf) Mann

Bezirk Halle, Fußballsparte

Spielzeitänderungen: Die Spiele vom Sonntag, dem 12. Juni, Nr. 1698 bis 1701 werden alle auf eine Stunde früher verlegt. Dieses den beteiligten Vereinen Cöllme und Bruckdorf sowie Schiris zur Kenntnis.

W. Brandt.

HFC Sportluft 07. Heute, Freitag, 20 Uhr, Versammlung. Vorher, 19 Uhr, treffen sich sämtliche Schüler (Friedrichsgarten).

Freier Sportverein Halle a. S. Am Sonntag, dem 12. Juni, müssen sämtliche Mitglieder, auch Kinder, ihr Mitgliedsbuch vorzeigen. Der Vorstand.

Minerva 09-Halle. Sonnabend, den 11. Juni, bei Weinrich, Mitgliederversammlung, wo sämtliche Mitglieder zu erscheinen haben.

Aus dem Geschäftsverkehr

Zimmermanns Lichtspiele bringen in dieser Woche wieder einmal etwas Besonderes, Auserwähltes. Casino, Hardenberg-Straße 1. Auf vielseitigen Wunsch der deutsche Tonfilm „Im Westen nichts Neues", nach dem gleichnamigen weltbekannten Werk von Erich Maria Remarque. Edison, Goethe-Str. 26. Freitag bis Sonntag 2 Erstaufführungen: „Rothaut". (Der Todeskampf einer Rasse.) Zum erstenmal ein Indianerfilm. Volldampf! Charlie! Ein lustiges Abenteuer in 7 Akten. Tränen werden gelacht. Außerdem in beiden Theatern ein gutes tönendes Beiprogramm. Sonntag 2 und 4,10 Uhr finden zwei Jugendvorstellungen zu kleinen Preisen statt.

Theater, Konzerte, Vorträge

Das Stadttheater in der Spielzeit 1932/33. Die Mitglieder. 1. Die Oper: In der Oper wurden für die Spielzeit 1932/33 wieder verpflichtet die Damen Elisabeth Grunewald, Fanny Kölblin und die Herren Walter Kathammer, Ernst Kramer, Julius Lichtenberg, Carl Momberg, August Roesler und Josef Josel. Neu verpflichtet wurde Johannes Schüler als 1. Kapellmeister vom Landestheater Oldenburg, Ferdinand Schneider als 1. lyrischer und jugendlicher Heldentenor vom Stadttheater Bremerhaven, Fritz Ginrod als Charakterbariton von der Erbprinz-Reuß-Oper, Anton Imkamp als 1. Baß vom Stadttheater Münster, Margarete Oehm als lyrische Sängerin vom Stadttheater Zwickau und Else Veith als Opernsoubrette vom Stadttheater Kiel. **2. Das Schauspiel:** Im Schauspielensemble wurden wieder verpflichtet die Damen Ruth Ambach, Anni Collini-Senden, Vilma Dülfer, Anne-Liese Johow, Gabriele Schneider und die Herren Hans Alva, Harald von Anderten, Eugen Eisenlohr, Fritz Hensel, Robert Jungk, Wolf Lieber, Rudolf Massias, Otto Tiedemann und Werner Zeugner. Neu verpflichtet wurden Robert Lossen als 1. Bonvivant vom Schauspielhaus Bremen und Otto Gries als Held und Liebhaber vom Landestheater Oldenburg. **3. Die Operette:** In der Operette wurden wieder verpflichtet: Marion Kaufmann, Paul Herlt und Walter Trolldenier. Neu verpflichtet wurden Maud Hester als 1. Operettensängerin vom Reußischen Theater Gera, Ernst Vogler als 1. Operettentenor vom Stadttheater Hagen und Bruno Kiebler als Tenorbuffo vom Landestheater Altenburg.

Stadttheater. In der Aufführung von Millöckers „Bettelstudent" am kommenden Sonnabend wirken zum letzten Male mit Elfriede Draeger und Walter Streckfuß.

Stadttheater. Eine literarische Posse zum Goethe-Jahr. Das Gastspiel der Nachrichter aus München, das am Montag, dem 13. Juni, im Stadttheater stattfindet, bringt die literarische Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten „Hier irrt Goethe", die in München und Berlin mit einem außerordentlichen Erfolg aufgeführt wurde. „Ein himmlischer Abend", das war das Urteil eines Berliner Kritikers. „Junge Menschen tragen das Lachen durch ganz Deutschland, man jubelte ihnen zu", schrieb eine Leipziger Zeitung.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Freitag, den 10. Juni, „Ist das nicht nett von Colette?"; Sonnabend, den 11. Juni, 20 Uhr, zum letzten Male! „Der Bettelstudent"; Sonntag, den 12. Juni, zum ersten Male! 19.30 Uhr: „Gasparone"; Montag Gastspiel der „4 Nachrichter": „Hier irrt Goethe", Literarische Posse mit Gesang und Tanz. Dienstag, den 14. Juni (Letzte Abonnements-Vorstellung für Freitag-Stammkarten: „Gasparone", Operette in drei Akten von Carl Millöcker. Mittwoch, den 15. Juni, „Prinz Methusalem". — Schluß der Spielzeit!

Thalia-Theater. Sonntag, den 12. Juni, zum letzten Male! „Ist das nicht nett von Colette?

Quartiere werden gesucht!

Für Sonnabend, den 11. Juni, benötigen wir noch eine Anzahl Quartiere. Klassengenossen, welche in der Lage sind, solche zur Verfügung zu stellen, melden diese:

a) im Büro des Jugendverbandes, Lerchenfeldstraße 14;
b) im Büro der JAH, Gutenbergstraße 1;
c) bei Röhr, Hardenbergstraße 27;
d) Sonnabend, den 11. Juni, von 9—13 Uhr, im „Lindenhof", Cröllwitz.

BL des KJVD.

Wie wird das Wetter?

Sonnabend: Bei südlichen Winden und heiterem Wetter weiter ansteigende Temperaturen.

Sonntag: Warme Witterung mit zunehmender Bewölkung wahrscheinlich, Wetterlage aber unsicher.

Rundfunk-Programm

Sonnabend, 11. Juni

6 Uhr: Funkgymnastik. 6.15—8.15 Uhr: Frühkonzert. 9.30 Uhr: Was die Zeitung bringt. 9.55 Uhr: Wetterdienst. 10.10—10.40 Uhr: Schulfunk. Auf der Lotsenstation. Ein Hörbericht. 12 Uhr: Kammermusik (Schallplatten). 13 Uhr: Wetterdienst. Anschließend: Zur Unterhaltung. „Neue Platten im Mai". 14.30 Uhr: Kinderstunde: Spielen und Basteln. 15.15 Uhr: Bekanntgabe der 12. Aufgabe des Schachproblem-Lösungsturniers des Mitteldeutschen Rundfunks. 15.20 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Landarbeitsamtes Sachsen. 16 Uhr: Funkberatung. 16.10—16.15 Uhr: Funknachrichten. 16.30 Uhr: Stunde der Jugendlichen. Lustige Erlebnisse auf einer Fuß-Reise durch Europa. 17 Uhr: Unterhaltungskonzert. 18.30 Uhr: Deutsch. Wir gehen unter die Schriftsteller. 18.50 Uhr: Gegenwartslexikon. 19 Uhr: Wie sieht es in Südwestafrika aus? 19.30 Uhr: Chorkonzert des Chemnitzer Volkschors (M. d. D. A. S. B.). Dirigent: Willy Steffen. 20 Uhr: Soldatenlieder und Militärmusik aus drei Jahrhunderten. 22.05 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen: 10.10 Uhr: Schulfunk. 12 Uhr: Hausmusik (Schallplatten). 14 Uhr: Zwei bekannte Tanzorchester. 15 Uhr: Graf Zeppelin. 16.30 Uhr: Aus Hamburg: Kurkonzert. 17.30 Uhr: Viertelstunde für die Gesundheit. 18.30 Uhr: Der Aufbau eines zivilen Luftschutzes. 19 Uhr: Englisch für Anfänger. 20 Uhr: Uebertragung aus Wien. 22 Uhr: Anschließend an Nachrichten Tanzmusik.

Verantwortlich: Franz Lieb, Halle a. d. S., für den gesamten Inhalt; Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

Freier Sportverein Halle e. V.

Am Sonntag, dem 12. Juni (Solidaritätstag), Hettstedter Bahnhof,

großes Volksfest.

Musik, Preisschießen, Kinderbelustigungen, wassersportliche Daebietungen. Von 8 bis 12 Uhr auf dem FSV-Platz leichtathletische Vereinswettkämpfe. Für Sitzgelegenheit ist gesorgt. Die Arbeiterschaft ist freundlichst eingeladen. — Der Reinertrag fließt der JAH zu.

Der Vorstand.

Kinder-Tage!

10% Rabatt auf alle Kinder- u. Babyartikel. Markenartikel u. die herabgesetzten Blaustiftpreise sind netto!

Einmal im Jahr

rüsten wir zu diesem Sonderverkauf, der in dem Zeichen **„Alles für das Kind"** ganz Außergewöhnliches bietet. Diesmal haben wir uns selbst übertroffen; denn so billig war es noch nie! Und vergessen Sie nicht:

Goldsteins Waren sind Qualitätswaren

und Kinder strapazieren die Sachen tüchtig!

Goldstein Eisleben

KINDER, es gibt Luftballons!

Seht Euch auch unseren Zoologischen Garten an!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320610-11/fragment/page=0010

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Freitag, 10. Juni 1932 | 12. Jahrgang Nr. 134

Verstärkte Kriegsrüstung!

IG-Farben führt neuen Lohnraub durch — Kriegsvorbereitungen in der Wasag (Sprengstoffwerk), Reinsdorf — Massenentlassungen bei der Eisenbahn — Sofort Belegschaftsversammlungen und Wahl von Kampfleitungen durchführen

Lohn wird um 25 Prozent abgebaut

(Arbeiterkorrespondenz Film-Wolfen)

Seit Tagen gehen im Betrieb die Gespräche über das neue Lohnabbauabkommen. Gut unterichtete Kollegen wissen, daß zwischen den Gewerkschaften und der Regierung bereits Verhandlungen angebahnt sind, deren Basis folgendermaßen aussieht: Von dem Tariflohn für das Jahr 1931, der in der Spitze für Arbeiter 0,84 M. pro Stunde betrug, soll erneut ein 25prozentiger Lohnabbau erfolgen.

Das würde ein neuer Spitzenlohn für Arbeiter in der Chemie von 63 Pfennigen in der Stunde sein. Der Lohnabbau würde 5 bis 7 Pfennige pro Stunde betragen.

Weiter soll, wie bereits in Piesteritz angekündigt, in der Kunstseide zur 32-Stundenwoche übergegangen werden. Schon am Montag wurde die Sortierung um 11 Uhr nach Hause geschickt, weil angeblich keine Arbeit vorhanden sei.

In den letzten beiden Wochen sind außerdem ständig „hohe Besuch" dagewesen, unter anderem auch ein Teil der Generaldirektoren. Erst am Montag war eine 30 bis 40 Mann starke Kommission anwesend. Alle Besuche galten vor allem der Kunstseidenabteilung, diese kann bekanntlich am leichtesten auf die Kriegsproduktion umgestellt werden. Wir sind sogar der Meinung, daß diese Besuche vor allem diesen Zwecken dienten.

Alarmzustand im Wasag-Betrieb

(Arbeiterkorrespondenz Sprengstoffwerk Reinsdorf)

Der Betrieb soll in Verteidigungszustand gegen Fliegerangriffe usw. versetzt werden. Alle Abteilungen müssen kontrolliert werden, ob alles in Ordnung ist. Neue Unterstände werden gebaut, Gasmasken angeschafft, alle Notausgänge des Werkes überprüft, neue Tore eingesetzt. Für den Gesamtbetrieb ist Probealarm angesetzt. Mehrere parteilose Kolleginnen haben schon ängstlich erklärt:

„Nun scheint es auch diesen Maßnahmen doch ernst zu

daß jetzt schon alle
e müssen ver-
rde verlangt, daß
haben müsse. Eine
radstand nicht
eder, wenn es not-

Massenaktion
ngen verstärkt wer-
t, sondern Elend
ie die Wasag-Pro-
Sowjetunion!

Eisenbahner, seid auf der Hut

(Eisenbahnerkorrespondenz aus Halle)

Vorgestern hatte der EDE eine „geistige Auseinandersetzung" mit den Nazis bei der Eisenbahn durchgeführt. Das sah so aus, daß sich der SPD-Landtagsabgeordnete Möller mit den Nazis „auseinandersetzte", den RGO-Genossen, die wiederholt stürmisch das Wort verlangten, dieses Wort nicht gab und über die neuen, selbstverständlich wieder im Einverständnis mit der EDE-Bürokratie, schon angekündigten Massenentlassungen und den Lohnraub kein Wort verlor.

Nachdem bereits am 11. Mai 170 Eisenbahnerkollegen vom RAW Halle gekündigt und entlassen wurden und dabei die klassenbewußtesten Arbeiter aus den Betrieben mit Hilfe der reformistischen Bürokraten hinausbugsiert wurden, sollen jetzt wieder 200 bis 300 Kollegen aufs Straßenpflaster fliegen. Das RAW Halle soll eine „moderne Betriebswerkstatt" werden. Auf dem Empfangsschuppen der Hallischen Güterabfertigung empfiehlt der 2. Betriebsvorsitzende den Kollegen, daß sie „sich krank melden sollen, da Entlassungen kommen". Natürlich werden mit solchen Mitteln keine Entlassungen verhindert. Nur, wenn wir alle in roter Einheitsfront zusammenstehen, wird die Verwaltung nachgeben müssen. Unsere Forderungen sind: keine Entlassungen, Wiedereinstellung aller entlassenen Eisenbahner!

Heraus zum Internationalen Solidaritätst

unger, Faschismus und imperialistische Kriegsrüstungen

Rote Einheit der leten

Die Antifaschistische Aktion entsteht im samer Kampfaufruf aller Betriebs — Gemeinnen

(Eig. Me tz, 10. Juni.

Die Arbeiterschaft von Wittenberg-Piesteritz, die stungskammer des Imperialismus, marschieren am 11. und 12. Juni in roter Einheitsfront zum internationalen Solidaritätstag auf. Zu den Kundgebungen, die am Sonnabend im „Schützenhaus" Kleinwittenberg und am Sonntag in Wittenberg in „Muths Festsälen" stattfinden, haben Organisationen und Betriebsratskörperschaften gemeinsam aufgerufen.

Die Kundgebungen stehen im Zeichen folgender politischer Hauptlosungen:

1. Internationale Solidarität gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung Chinas und der Sowjetunion.
2. Solidarität aller Werktätigen im Kampfe gegen Lohnraub und soziale Reaktion, für Arbeit, Brot und Boden.
3. Schaffung der roten Einheitsfront gegen Kapitalismus und Faschismus, für Freiheit und Sozialismus.

Die Unterzeichner des Aufrufes sind: IAH, Betriebsrat der Bayrischen Stickstoffwerke, Betriebsrat der Wasag, Betriebsrat der Gummiwerke, Kreiserwerbslosenausschuß, Rote Hilfe, KPD, Kultur- und Sportkartell Piesteritz, KPD, Zentralverein Kleinwittenberg-Piesteritz, Deutscher Freidenkerverband, Arbeiter-Samariter, Arbeitersportverein Fichte, Sportklub Eiche, Kampfbund gegen den Faschismus, KJVD, RGO, Industrieverband der Bauarbeiter, Allgemeiner Sängerchor Wittenberg, Sportkartell Wittenberg und eine ganze Reihe anderer Arbeiter-Organisationen.

Leuna-Proleten, heraus zu öffentlichen Versammlungen!

Wehrt euch gegen Lohnabbau und die wachsende Not

Am Montag, dem 13. Juni, 20 Uhr, Versammlung in Naumburg, Lokal „Zur Post".

Am Dienstag, dem 14. Juni, 20 Uhr, in Merseburg, Lokal „Bürgerhof".

Am Mittwoch, dem 15. Juni, 20 Uhr, in Weißenfels, Lokal „Schultheiß".

Am Donnerstag, dem 16. Juni, 20 Uhr, in Dürrenberg, Lokal „Spiegel".

Am Freitag, dem 17. Juni, 20 Uhr, in Halle, Lokal „Volkspark".

Am Sonnabend, dem 18. Juni, 20 Uhr, in Leuna, Lokal „Saalekrug".

Osaf Hitler kneift!

In einem gegenwärtig in München stattfindenden Meineidsprozeß gegen den Schriftsteller Werner Apelt wurde Hitler als Zeuge vernommen. Als der Verteidiger Apelts, Dr. Rosenfeld, Hitler fragte, ob er von tschechischen Industrie-Unternehmungen Geld erhalten habe, bekam der Osaf einen hysterischen Anfall, schimpfte wie ein Gassenjunge auf die jüdischen Rechtsanwälte und — ließ sich vom Gericht wegen Zeugnisverweigerung lieber zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilen, ehe er unter seinem Eid eine Antwort auf diese verfängliche Frage Rosenfelds gab.

Der Reichskanzler von Papen wird am Dienstag nach Lausanne fahren, um an den Tributverhandlungen teilzunehmen.

58 Ruhrkumpels wollen wieder in die Sowjetunion!

Eine Antwort an sozialdemokratische und Naziverleumdungen

(Siehe Inneres unserer heutigen Ausgabe.)

Gerüstet zu neuen und höheren Aufgaben!

Reichstagung der Spitzenfunktionäre der KPD

Vom Zentralkomitee der KPD wird uns geschrieben:

Gestern traten in Berlin im Karl-Liebknecht-Haus die Bezirkssekretäre und leitenden Redakteure der Kommunistischen Partei Deutschlands zusammen, um Stellung zu nehmen zu der durch den Sturz Brünings und die Bildung der Papen-Regierung geschaffenen Lage. Die ernste Tagung stand im Zeichen der völligen Einheitlichkeit der Partei auf der Linie der in den letzten Sitzungen des Zentralkomitees gefaßten Beschlüsse und zeigte die umfassende Konzentration der Parteikräfte auf die Steigerung der Voraussetzungen revolutionärer Aktionen im Rahmen der Antifaschistischen Aktion.

Genosse Ernst Thälmann erstattete ein ausführliches Referat über die Analyse der Lage und die weiteren Perspektiven der Entwicklung in Deutschland. Er kennzeichnete den Sturz der Brüning-Regierung und die Einsetzung der Papen-Regierung als Beweis der weiteren Verschärfung der Krise und der Klassengegensätze in Deutschland. Die Einsetzung der Papen-Regierung durch das Finanzkapital zeigt die Bestrebungen der Bourgeoisie, angesichts des drohenden Bankrotts der Staatsfinanzen und des Zusammenbruchs der Subventionierungspolitik mit verschärften faschistischen Diktaturmaßnahmen den Bestand der kapitalistischen Herrschaft in Deutschland zu sichern und zu verteidigen. Der in der Zusammensetzung der Papen-Regierung zum Ausdruck kommende Einfluß der ostelbischen Junkerkreise, zeigt den exzreaktionären Charakter der neuen Regierung, der durch die Brüning-Regierung und die Tolerierungspolitik der SPD der Boden bereitet wurde. Genosse Thälmann wies darauf hin, daß der Triumph des Ostelbiertums in der Papen-Regierung zu einer Verschärfung der Auseinandersetzungen auch im Lager der herrschenden Klasse selber führen muß. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die gegenwärtige Oppositionsstellung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320610-11/fragment/page=0011